Die Befreiung der Nationen

Von Karl Kautsky

Inhalt

1. Die Selbstbestimmung der Nationen. — 2. Die primitive Demokratie. — 3. Die moderne Demokratie. — 4. Die Herstellung des modernen Nationalstaats durch Anpassung der Nationalitäten an den Staat. — 5. Die Herstellung des modernen Nationalitätenstaats durch Anpassung des Staates an die Nationalität. — 6. Otto Bauers Theorie der Nationalität. — 7. Nationalität und Kultur. — 8. Der Kampf der Nationalitäten und der Sozialismus. — 9. Die Eintönigkeit der Weltkultur. — 10. Volksabstimmung.

Stuttgart
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
1917

A. g. XIII

VIII. 10
CM
22.2

Pogány József 1917
szeptember 11.
117.2579277

Die Befreiung der Nationen

Von Karl Kautsky

NEPKÖNYVTÁRI KÖZPONTTÁL A SZ. NEM ADHATÓ EL.

Stuttgart
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H.
1917

D613
K37

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

Vorwort.

Die Erörterungen der Kriegsziele haben mich angeregt, eine zusammenfassende Darstellung und theoretische Begründung der Friedensbedingungen auszuarbeiten, die nach meiner Auffassung von der internationalen Sozialdemokratie anzustreben sind.

Den ersten Teil dieser Schrift lege ich hier dem Publikum vor. Es erschien mir unfunlich, mit der Veröffentlichung zu warten, bis ich die ganze Arbeit zum Abschluß gebracht habe. Niemals spielte das Unberechenbare eine größere Rolle im gesellschaftlichen Leben als eben jetzt. Der Abfassung oder dem Erscheinen der folgenden Teile können sich unüberwindliche, von mir nicht vorausgesehene Hindernisse in den Weg stellen.

Der vorliegende erste Teil bildet für sich ein abgeschlossenes Ganzes. Er behandelt die grundsätzlichen Erwägungen, die für uns in der Nationalitätenfrage in Betracht kommen.

Der zweite Teil der Schrift soll die Anwendung dieser Grundsätze auf bestimmte konkrete Fälle bringen, die heute im Vordergrund der Diskussion stehen — Serbien, Belgien, Elsaß, Böhmen usw.

Der dritte Teil endlich soll die Forderungen behandeln, die der Kampf gegen den Imperialismus und das Wettrüsten erheischt.

Ich werde mich bemühen, diese beiden Teile möglichst rasch fertig zu stellen. Aber nichts würde mich mehr beglücken, als wenn ein Friede der Verständigung, ein Friede auf der Grundlage des Satzes aufgebaut: „Leben und leben lassen", so rasch zustande käme, daß die Fortsetzungen des vorliegenden Heftes gegenstandslos und überflüssig würden.

Berlin, Anfang Juni,
vor der Abreise nach Stockholm.

K. Kautsky.

1. Die Selbstbestimmung der Nationen.

Die Sozialdemokratie ist eine internationale und demokratische Partei. Man sollte annehmen, daß sich das von selbst versteht, nachdem sie über ein halbes Jahrhundert lang in diesem Sinne gewirkt hat. Und doch ist es notwendig geworden, dies ausdrücklich festzustellen, da im Laufe dieses Krieges im Schoße der Sozialdemokratie selbst Stimmen laut wurden, die die Forderung der Selbstbestimmung der Völker für eine hohle Flause erklärten. Was ist aber der Kampf um die Demokratie anderes als der Kampf um die Selbstbestimmung des Volkes, und wie ist eine internationale Demokratie anders möglich als dadurch, daß die Selbstbestimmung nicht nur für das Volk, dem man angehört, sondern für alle Völker in gleichem Maße gefordert wird?

Von radikaler Seite wird gegen die Selbstbestimmung der Völker eingewendet, daß sie innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise unerreichbar sei, nur in einer sozialistischen Gesellschaft einen Sinn hätte. Aber in Wirklichkeit liegt die Sache vielmehr so, daß die Forderung der Selbstbestimmung in einer sozialistischen Gesellschaft überflüssig, weil schon erfüllt wäre. Der proletarische Sozialismus ist von vornherein demokratischer Sozialismus, die Demokratie die Grundlage, auf der er aufzubauen ist. In einer sozialistischen Gesellschaft zu verlangen, die Grundlage solle erst geschaffen werden, auf der sie steht, wäre abgeschmackt.

Dagegen muß die Demokratie, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise gerade um so mehr gefordert und der Kampf darum um so energischer geführt werden, je weniger wirkliche Demokratie in ihr noch durchgesetzt ist. Der Kampf des Proletariats um die Demokratie ist gleichbedeutend mit seinem Kampf um die Staatsgewalt, um die politische Macht. Den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Völker innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise für aussichtslos erklären, heißt seinen Kampf um die politische Macht für aussichtslos erklären, heißt auf die Gewinnung der Staatsmacht als Hebel zur Umwälzung des Kapitalismus verzichten, heißt sich in dem Ringen nach seiner Überwindung auf rein ökonomische, unpolitische Mittel beschränken wollen.

Diese Denkweise hat bisher den Anarchismus von der Sozialdemokratie geschieden. Wer von radikaler Seite aus die Forderung der Selbstbestimmung der Völker ablehnt, begibt sich damit, wenn auch vielleicht unbewußt oder wider Willen, auf den Boden des Anarchismus. Mit dem brauchen wir uns hier nicht auseinanderzusetzen. Was über ihn zu sagen ist, findet man zur Genüge in unserer früheren Parteiliteratur. Neue Gedankengänge auf diesem Gebiet sind nicht zutage getreten.

Auf der anderen Seite sind es die Imperialisten unter den Sozialdemokraten, die die Forderung der Selbstbestimmung der Völker ablehnen. Einmal deswegen, weil es ein Naturrecht, also auch eines der Selbstbestimmung der Völker, nach marxistischer Auffassung nicht gebe. Das

ist richtig, trifft jedoch nur eine etwaige naturrechtliche Begründung jenes Rechtes, nicht die Forderung selbst. Diese ergibt für den marxistischen Standpunkt sich aus den Lebens- und Kampfesbedingungen des Proletariats. Es hat von keiner Klasse Hilfe zu erwarten, es muß sich selbst befreien. Seine Kraft beruht in seiner Masse. Nur dort kann es siegen, wo es die Masse des Volkes darstellt, wo die Masse des Volkes seinen Klassenkampf kämpft, wo Staatsverfassung oder politische Situation die Masse des Volkes zum entscheidenden Faktor im Staate machen. Darum muß jeder, der die Befreiung des Proletariats fördern will, die Demokratie, das Recht der Selbstbestimmung des Volkes anstreben. Wohl bedeutet der Besitz demokratischer Rechte noch nicht die Befreiung des Proletariats — diese erheischt noch besondere soziale Voraussetzungen. Aber die Befreiung des Proletariats ist unmöglich ohne den Besitz oder die Eroberung politischer Rechte. Je größer diese Rechte, je ausgedehnter das Recht auf Selbstbestimmung, desto leichter und aussichtsreicher unter sonst gleichen Bedingungen der proletarische Klassenkampf.

Das galt bisher in der Sozialdemokratie als etwas Selbstverständliches. Auch die imperialistischen Sozialdemokraten leugnen es nicht für ihre Nation. Aber sie leugnen die allgemeine Anwendung des Grundsatzes auf alle Nationen. Sie behaupten, man müsse einen Unterschied zwischen den Nationen machen. Die »großen Kulturnationen« hätten ein Recht auf »eine gewisse zwangsweise Einverleibung oder Auffaugung der kleinen, ‚verkrüppelten' Nationchen«.[1]

Dem steht jedoch entgegen der internationale Charakter der Sozialdemokratie, der ebenso wie ihr demokratischer Charakter auf den Lebens- und Kampfesbedingungen des Proletariats beruht. Die Proletarier der verschiedenen Staaten und Nationen haben keine voneinander verschiedenen Interessen, sie haben schon gar nicht gegensätzliche Interessen. Sie können ihren Befreiungskampf nur führen in engster Gemeinschaft. Für sie ist die Internationalität nicht ein schöner Traum, sondern ein dringendes Bedürfnis.

Die Internationalität bedeutet aber, daß ich anderen Nationen die gleichen Rechte zubillige, die ich für die eigene verlange. Dieselbe Rechtsgleichheit, die von der Demokratie für die einzelnen Individuen innerhalb eines Volkes verlangt wird, muß für die einzelnen Völker innerhalb der Völkergemeinschaft die Konsequenz der Internationalität werden. Eine Unterscheidung der Völker in höher berechtigte große und minder berechtigte kleine, in solche von größerer oder geringerer »Kulturfähigkeit«, in Herren- und Dienernationen bildet das geistige Rüstzeug der modernen Eroberungs- und Kolonialpolitiker, der geschworenen Feinde des eigenen wie jedes fremden Proletariats, sie ist unvereinbar mit internationalem Denken.

Cunow beruft sich allerdings auf einige Artikel der »Neuen Rheinischen Zeitung« aus dem Jahre 1849, die er Marx zuschreibt. Ich vermute, daß sie eher von Engels stammen, was aber für unsere Zwecke hier keinen Unterschied macht. Jene Artikel wendeten sich gegen die Bestrebungen der österreichischen Slawen (ausgenommen die Polen) nach nationaler Selbständigkeit. Diese Slawen, heißt es dort, gehörten zu den »Völkerabfällen«, die »bis zu ihrer gänzlichen Vertilgung und Entnationalisierung die fanatischen Träger der Konterrevolution bleiben«.

[1] H. Cunow, Parteizusammenbruch. Berlin 1915, Verlag Vorwärts, S. 36.

Gegen Bakunin, der zugunsten der Slawen den »souveränen Willen der Völker« anrief und die »Völkerverbrüderung« predigte, führte einer jener Artikel das Beispiel der Vereinigten Staaten an, einer Republik, die gegen eine andere Republik, Mexiko, einen Eroberungskrieg geführt hatte. Hüben wie drüben gab's eine Demokratie, sei das Volk souverän gewesen, und doch kam's zum Eroberungskrieg. Und wir hätten diesen Krieg mit Freuden begrüßen müssen, denn er wurde »einzig und allein im Interesse der Zivilisation geführt. Dann höhnt der Artikel:

Und endlich, welches »Verbrechen«, welche »fluchwürdige Politik«, daß die Deutschen und Magyaren zu der Zeit, als überhaupt in Europa die großen Monarchien eine »historische Notwendigkeit« wurden, alle diese kleinen, verkrüppelnden, ohnmächtigen Nationchen zu Einem großen Reich zusammenschlugen und sie dadurch befähigten, an einer geschichtlichen Entwicklung teilzunehmen, der sie, sich überlassen, gänzlich fremd geblieben wären.

Besagten diese Sätze wirklich das, was Cunow aus ihnen herausliest, sie müßten das Herz eines jeden Annexionisten und Eroberungspolitikers lachen machen.

Beachten wir zunächst das Datum der Artikel: 1849. Nun ist es bekannt, daß die Vertiefung und Reifung des historischen Materialismus und seiner Anwendung gerade in dem Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Revolution von 1848 ihre wichtigsten Fortschritte aufzuweisen hatte. In der Frage des Krieges wie in so mancher anderen nahmen Marx und Engels im Zeitalter der Internationale und des »Kapital« eine ganz andere Haltung ein als im Zeitalter des Kommunistischen Manifests. Wo aber Unterschiede zwischen dem früheren und dem späteren Standpunkt zu finden sind, hat der letztere für uns mehr Gewicht zu haben als der erstere.

Die Verurteilung des Eroberungskriegs durch Marx in den Adressen der Internationale über den Deutsch-Französischen Krieg ist für uns von größerer Bedeutung als seine bedingte Anerkennung eines solchen Krieges aus dem Jahre 1849.

Dabei besagen aber die von Cunow zitierten Sätze nicht einmal alles das, was dieser aus ihnen herausliest. Was Engels (oder Marx) über die Politik der Deutschen und Magyaren »zu der Zeit« sagt, »als überhaupt in Europa die großen Monarchien eine historische Notwendigkeit wurden«, bezieht sich offenbar auf die Vergangenheit, nicht auf unsere Politik in der Gegenwart, sonst könnte man mit gleichem Recht Marx und Engels nicht nur als Verfechter nationaler Vergewaltigung, sondern auch als Verfechter dynastischer Politik hinstellen, als Verfechter der Größe und gewaltsamen Ausdehnung der Monarchien, die eine »historische Notwendigkeit« nicht nur gewesen seien, sondern noch fortführen zu sein.

Soweit aber Marx und Engels 1849 wirklich für das Recht der Eroberung unter gewissen Umständen plädierten, waren sie nicht sehr glücklich mit den Beweisen, auf die sie sich beriefen.

In Texas konnte man von einem ausgesprochenen Volkswillen kaum sprechen. Dies Land, das größer ist als Deutschland, zählte zur Zeit, als es sich von Mexiko losriß, in den dreißiger Jahren, ganze 40 000 Einwohner, darunter der energischste Teil Einwanderer aus den Vereinigten Staaten. Diese Einwanderer waren es, die die Fahne der Empörung gegen Mexiko aufhißten und Texas zu einer selbständigen Republik machten, die sich nach

zehnjährigem Bestand 1846 den Vereinigten Staaten anschloß. Mexiko suchte dies in einem Kriege zu verhindern, in dem es geschlagen wurde. Man sieht, diese »Eroberung« ist sehr sonderbarer und vieldeutiger Natur.

Auf keinen Fall aber geschah sie »einzig und allein im Interesse der Zivilisation«. Die Einwanderer aus den Vereinigten Staaten waren in der Mehrzahl Besitzer schwarzer Sklaven, Pflanzer, die nach neuem und billigem Boden suchten und sich gegen die mexikanische Herrschaft namentlich deshalb empörten, weil in Mexiko die Kaufsklaverei aufgehoben war. Durch die Annexion von Texas gewannen die Sklavenhalter der amerikanischen Union einen neuen Sklavenstaat, der im Bürgerkrieg auf Seite des Südens stand.

Nicht minder unglücklich wie die Berufung auf Amerika war die Bezeichnung der Slawen Österreichs als »Völkerabfälle«, die »gänzlicher Vertilgung oder Entnationalisierung« entgegengingen und bis dahin notwendigerweise »fanatische Träger der Konterrevolution« seien. Freilich, im Jahre 1849 mochte es so scheinen, aber die ganze seitherige Entwicklung hat auf das offenkundigste gezeigt, wie verfehlt diese Auffassung war. Kann es etwas Lächerlicheres geben, als sich gerade auf sie zu berufen? Es bezeugt bloß ein völliges Fehlen anderen Beweismaterials, wenn Cunow heute noch wagt, die Lebensunfähigkeit der österreichischen Slawen als Argument ins Feld zu führen. Welchen Grad politischen Analphabetentums traut Cunow seinen Lesern zu?

Nicht einmal das ist richtig, daß die Slawen Österreichs beständig konterrevolutionär, die Deutschen, Magyaren, Polen beständig revolutionär waren. Es gehörte zu den Maximen österreichischer Regierungskunst, die verschiedenen Nationen gegeneinander auszuspielen und dadurch die Regierung von ihnen allen unabhängig zu machen. Dabei wurden einmal die einen, ein andermal die anderen Nationen begünstigt. Die Nichtbegünstigten gebärdeten sich stets revolutionär, die Begünstigten konterrevolutionär. Jede der großen Nationen Österreichs schwankte im Laufe des letzten Jahrhunderts, oft recht unvermittelt, zwischen Hochverrat und Byzantinismus hin und her; den Führern der großen Nationen Österreichs winkte ebenso der Galgen wie der Ministersessel. Das galt für Magyaren, Polen, Deutsche ebenso wie für Tschechen, Kroaten, Ruthenen. Bereits 1848 waren Andeutungen davon zu erkennen. Die Tschechen waren keineswegs von Anfang an konterrevolutionär. Die erste österreichische Rebellion, die Windischgrätz niederkartätschte, war die der Tschechen in Prag. Und die Wiener wieder waren selbst in den ersten Tagen ihrer neugewonnenen Freiheit so wenig eindeutig revolutionär, daß sie zahlreiche begeisterte Freiwillige für die Armee Radetzkys lieferten, die bestimmt war, die italienische Revolution niederzuschlagen.

Die österreichische Revolution von 1848 scheiterte ebensosehr an dem Streben der Deutschen nach der Oberhoheit über Tschechen und Italiener und der Ungarn nach der Beherrschung der Kroaten, wie an der daraus entspringenden konterrevolutionären Haltung der Slawen.

Will man sich schon auf die Lehren der Revolution von 1849 stützen, so beweisen sie nur, wie sehr jede moderne revolutionäre Bewegung sich selbst gefährdet, die den internationalen Standpunkt der Selbstbestimmung der Nationen verläßt.

Indes selbst wenn Marx-Engels 1849 die historische Zukunft der österreichischen Slawen ganz richtig eingeschätzt hätten, bewiese das nicht das mindeste gegen die Forderung der Selbstbestimmung der Nationen, die heute im Kriege erhoben wird. Es fiel Marx und Engels nicht ein, die Oberhoheit einer Nation über die andere und den Krieg als Mittel zur Durchsetzung dieser Oberhoheit zu proklamieren. Was sie proklamierten, das war die Oberhoheit der europäischen Revolution über die einzelnen Nationen. Sie lehnten den Drang nach Selbstbestimmung einer einzelnen Nation dort ab, wo er in Gegensatz geriet zu der allgemeinen Revolution und diese gefährdete. Damit setzten sie sich nicht in Widerspruch zu ihrem internationalen Standpunkt, das war vielmehr seine notwendige Konsequenz.

Gerade weil die Völker und vor allem ihre arbeitenden Klassen innerhalb der modernen Produktionsweise in ihrem Gedeihen aufs engste voneinander abhängen, sind sie alle in gleichem Maße am gesellschaftlichen Fortschritt und der Hinwegräumung seiner Hindernisse interessiert. Unter dem Scheitern der Revolution von 1849 litten alle Völker Österreichs in gleichem Maße, diejenigen, die als Konterrevolutionäre dies Scheitern herbeigeführt, nicht minder als jene, die sich revolutionär betätigt hatten. Durch den Sieg der Revolution wären sie alle gefördert worden. Die Freiheit hätte freilich nicht den nationalen Frieden gebracht, sondern die nationalen Kämpfe erst recht entfesselt, wie sie ja auch die Klassenkämpfe entfesselte, aber der geistige und wirtschaftliche Aufschwung jeder der Nationen wäre dabei gefördert worden. Den Beweis dafür liefert die relativ liberale Ära Österreichs, die der Niederlage von 1866 folgte. Sie brachte wohl zunächst die Oberhoheit der Deutschen und Magyaren, machte aber auch den Aufschwung der österreichischen Slawen unwiderstehlich.

Die Unterwerfung der Bedürfnisse der einzelnen Nation unter die Bedürfnisse der Gesamtheit der modernen Gesellschaft haben Marx und Engels später nicht nur in bezug auf die europäische Revolution, sondern in jeder Beziehung gefordert. Durch nichts wird die Gesellschaft mehr gefährdet und gelähmt als durch einen Krieg, namentlich einen Weltkrieg. Daher hat sich Engels zu wiederholten Malen dagegen gewendet, daß zur Durchsetzung der Selbstbestimmung einer Nation oder eines Nationsteils ein Weltkrieg entzündet werde. In diesem Sinne äußerte sich zum Beispiel Engels 1882 anläßlich des Aufstandes in Dalmatien (Kriwoschie) in einem Brief an Bernstein:

Wir haben an der Befreiung des westeuropäischen Proletariats mitzuarbeiten und diesem Zweck alles andere unterzuordnen. Und wären die Balkanstaaten usw. noch so interessant, sobald ihr Befreiungsdrang mit den Interessen des Proletariats kollidiert, können sie mir gestohlen werden. Die Elsässer sind auch unterdrückt.... Wenn sie aber am Vorabend einer sichtbar heranziehenden Revolution einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland provozieren, diese beiden Völker wieder verhetzen und die Revolution dadurch vertagen wollen, so sage ich: Halt da! Ihr könnt ebensoviel Geduld haben wie das europäische Proletariat. Wenn das sich befreit, seid ihr selbst frei, bis dahin aber dulden wir nicht, daß ihr dem kämpfenden Proletariat in die Parade fahrt.

Hier wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker allerdings den Bedürfnissen der allgemeinen sozialen Entwicklung untergeordnet, deren stärkste Triebkraft der proletarische Klassenkampf bildet. Es wird aber damit nicht abgelehnt, sondern seine allseitige Durchsetzung vielmehr als eine notwendige

Folge unseres Sieges anerkannt. Abgelehnt wird nur eine besondere Methode, das Selbstbestimmungsrecht zur Geltung zu bringen. Engels verwirft den Weltkrieg als Mittel zu diesem Zwecke, und er darf das tun, ohne den Zweck aufzugeben, weil er ein besseres und wirksameres Mittel anstrebt: die proletarische Revolution.

Revolution und Krieg sind die zwei Methoden, die Selbstbestimmung der Völker durchzusetzen. Solange die Bourgeoisie revolutionär war, an die Revolution glaubte, die Revolution anstrebte, sah sie auch bloß in der Revolution, im Kampfe der Völker gegen die Regierungen das Mittel, die Selbstbestimmung der Völker durchzusetzen, sowohl in der Weise, daß sie freiheitliche Verfassungen errangen, wie in der Weise, daß sie dort, wo eine Fremdherrschaft bestand, diese abschüttelten. Die demokratischen Parteien der verschiedenen Länder unterstützten einander dabei, sie bildeten die Anfänge einer Internationale. Ihnen gegenüber aber taten sich auch die Fürsten international zusammen. In dem Zeitalter von 1815 bis 1848 gab es keinen europäischen Krieg.

Nach 1848 begann die europäische Bourgeoisie an ihrer eigenen revolutionären Kraft zu zweifeln, sie begann die Revolution als eine proletarische Kraft zu fürchten. Soweit sie an ihrem Streben nach Selbstbestimmung der Völker noch festhielt, reduzierte sie es immer mehr auf den Drang nach Selbstbestimmung des eigenen Volkes, ohne Rücksicht auf andere, und sie suchte ihr Ziel nicht mehr zu erreichen durch Kampf gegen die Regierungen, sondern durch Abmachungen mit einzelnen Regierungen, die sie gegen andere unterstützte. Napoleon III., Viktor Emanuel, Bismarck wurden nun ihre Schrittmacher. Damit setzten sie den Krieg der Dynastien an Stelle der Revolutionen der Völker als Mittel, deren Selbstbestimmungsrecht zu erreichen. War das Menschenalter 1815 bis 1848 eine Zeit allgemeinen europäischen Friedens zwischen den Regierungen und immer wiederholter revolutionärer Erhebungen, so wurde das darauffolgende Menschenalter eine Zeit europäischer Kriege, bei denen revolutionäre Erhebungen höchstens als Begleiterscheinungen vorkamen.

Die neue Methode arbeitete höchst unvollkommen. Sie hinterließ ein unerlöstes Italien, rührte nicht an die polnische Frage, warf die Deutschösterreicher aus Deutschland heraus, vergrößerte das Deutsche Reich unter Mißachtung der Selbstbestimmung der Nationen durch Gebiete, deren Angliederung nationales Sehnen nicht befriedigte, sondern verletzte, internationale Konfliktstoffe nicht aus dem Wege räumte, sondern neu schuf. Und sie hinderte, daß auf dem Balkan ein selbständiges, von Rußland wie Österreich gleich unabhängiges großes Staatswesen erstand.

Die Parteien des aufstrebenden Proletariats konnten diese Methode zum Durchsetzen der Selbstbestimmung der Völker nicht akzeptieren. Sie lehnten die Kriege bürgerlicher Regierungen als schwerstes Hindernis gesellschaftlicher Fortentwicklung ab, es fiel ihnen nicht ein, irgendeine der bestehenden Regierungen mit der Mission der Befreiung der Völker betrauen zu wollen. Wir haben keine von ihnen aufgefordert, zu diesem Zweck einen Krieg zu entzünden. Es wäre jedoch sehr unlogisch, wenn wir nach einmal ausgebrochenem Kriege anders verführen und eine der kriegführenden Regierungen aufforderten, ihn bis zur Befreiung einer noch nicht befreiten Nation fortzusetzen. Das hieße in einem Weltkrieg selbst dann, wenn die Befreiung

einwandfrei gelänge, das Sonderinteresse jener Nation über das Gesamtinteresse Europas setzen, das des Friedens dringend bedarf. Wir haben aber auch nicht die geringste Garantie dafür, daß eine siegreiche bürgerliche Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Völker achtet und ihre Macht als Sieger nicht dazu mißbraucht, über die Befreiung des unterdrückten Volkes hinauszugehen und durch Eroberung widerstrebender Gebiete neue Verletzungen der Selbstbestimmung der Völker und neue nationale Gegensätze hervorzurufen.

Müssen wir aber auch jeder Entfesselung wie jeder Fortsetzung eines Krieges bürgerlicher Regierungen für angebliche Zwecke der Völkerbefreiung entschieden widerstreben, so besagt das keineswegs, daß dort, wo es uns nicht gelingt, den Ausbruch des Krieges oder nach seinem Ausbruch seine Fortführung zu verhindern, die Art seines Ausgangs uns gleichgültig sein könne. Wir lehnen unter den heutigen Verhältnissen den Krieg als Mittel zur Herbeiführung von Grenzveränderungen ab, wo er aber trotzdem solche herbeiführt, haben wir zu unterscheiden zwischen solchen, mit denen wir uns befreunden können, und solchen, die wir bekämpfen müssen. Und hier kommt der Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker zu praktischer Anwendung. Wir internationale Sozialisten müssen jede Grenzveränderung ablehnen, die von der Bevölkerung des betreffenden Gebiets abgelehnt wird. Als Vertreter der Arbeiterklasse können wir dabei als Gebiet eines Volkes nur jenes betrachten, das von ihm *bearbeitet* wird. Das braucht keineswegs zusammenzufallen mit dem Gebiet, das es *besitzt* oder *beherrscht*. Für die Konservierung überkommener Besitz- und Herrschaftsverhältnisse setzt sich die internationale Sozialdemokratie nicht ein. Es entspricht nicht ihrem Geiste, wenn die von David verfaßten Leitsätze über die Kriegsziele, die Reichstagsfraktion und Parteiausschuß der deutschen Sozialdemokratie am 15. August 1915 akzeptierten, in dem ersten Absatz erklären:

> Die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches heischt die Abweisung aller gegen seinen *territorialen Machtbereich* gerichteten Eroberungsziele der Gegner.

Die internationale Sozialdemokratie geht nicht von den Bedürfnissen der Reiche, sondern denen der Völker aus, und sie verlangt für jedes von ihnen die Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Gebiets, das es bewohnt und bearbeitet, nicht die seines »Machtbereichs«. Wir sind die Partei der *Arbeiter* und nicht die der *Machthaber*.

Nicht minder steht im Widerspruch zu dem Geiste der internationalen Sozialdemokratie die Fassung des dritten Absatzes jener Leitsätze, der sagt:

> Im Interesse der Sicherheit *Deutschlands* und seiner wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit im Südosten weisen wir alle auf Schwächung und Zertrümmerung Österreich-Ungarns und der Türkei gerichteten Kriegsziele der Verbündeten zurück.

Hier ist wieder von der Selbstbestimmung und den Bedürfnissen der Völker Österreichs und der Türkei nicht die Rede. Nicht was diese Völker wollen und brauchen, wird hier beachtet, sondern nur, welchen Nutzen Deutschland aus ihnen ziehen kann. Sie werden in der Davidschen Resolution nur als Deutschlands Werkzeuge in Betracht gezogen. Das ist durch und durch undemokratisch und nationalistisch gedacht. Wenn dem international Denkenden jedes Volk gleich wertvoll ist, kümmert den Nationalisten nur

das eigene Volk. Bei den anderen fragt er bloß, inwieweit sie dem eigenen Volke nützen oder schaden können.

Wäre Deutschland augenblicklich zufälligerweise mit Rußland verbündet, wie es vorher lange Jahre gewesen, dann würde nach Davidschen Grundsätzen die deutsche Sozialdemokratie »im Interesse der Sicherheit Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit im Osten« alle »auf Schwächung und Zertrümmerung Rußlands gerichteten Kriegsziele« zurückweisen.

Da aber Rußland auf der anderen Seite steht, verlangte David in dem fünften seiner Leitsätze (der dann allerdings nicht akzeptiert wurde):

Die Zusammenfassung der eroberten russisch-polnischen Gebiete zu einem selbständigen, mit Deutschland und Österreich-Ungarn verbündeten Staatswesen.

Die »Unversehrtheit des territorialen Machtbereichs« ist also für David keine internationale Forderung, die er für alle Staaten erhebt, sondern nur eine für Deutschland und seine Verbündeten. Für Rußland fordert er eine sehr erhebliche Versehrung seines Machtbereichs. Was er für Elsaß-Lothringen ablehnt, fordert er für Polen. Aber nicht etwa im Namen der Selbstbestimmung des polnischen Volkes. Nur der von »Rußland eroberte« Teil Polens soll »selbständig« werden, dabei wird aber in einem Atem die Selbständigkeit sofort wieder aufgehoben, da dem »selbständigen« polnischen Staat ein Bündnis mit Deutschland und Österreich vorgeschrieben, seine auswärtige Politik also von vornherein festgesetzt wird.

Das alles ist deutschnational, nicht international gedacht, und auch nicht demokratisch. Also auch nicht sozialdemokratisch.

2. Die primitive Demokratie.

Die Sozialdemokratie muß als internationale und demokratische Partei stets für das Recht der Völker auf Selbstbestimmung eintreten. Aber wie die Sozialdemokratie selbst das Produkt besonderer historischer Bedingungen ist und dort nicht aufkommen kann, wo jene Bedingungen fehlen — die kapitalistischen Produktionsverhältnisse —, so ist auch die Selbstbestimmung der Völker an bestimmte historische Bedingungen geknüpft. Sie bedeutet bei verschiedenen Völkern und innerhalb des gleichen Volkes zu verschiedenen Zeiten etwas sehr Verschiedenes.

Wenn man daher dagegen auftritt, bei der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts alle Völker über einen Kamm zu scheren, so ist das wohl berechtigt. Nicht berechtigt aber ist es, dieses Argument uns entgegenzuhalten, da gerade wir diese Schablonenhaftigkeit stets bekämpft haben.

Seit meiner Schrift über den »Parlamentarismus und die Sozialdemokratie«, die in erster Auflage 1893 erschien, habe ich immer wieder auf den Unterschied zwischen moderner und primitiver Demokratie hingewiesen. Er ist für das Verständnis der Form, die die Selbstbestimmung der Völker unter bestimmten historischen Bedingungen annehmen kann, von grundlegender Bedeutung, also auch von größter Wichtigkeit für das Friedensprogramm der Sozialdemokratie. Darum sei er hier nochmals kurz skizziert, ehe wir weiter gehen. Den Leser, der sich mit dem Gegenstand näher beschäftigen will, verweise ich neben der genannten Schrift auf meine Abhandlung über »Nationalität und Internationalität« (Ergänzungsheft zur Neuen Zeit, Nr. 1, 1908).

Der Mensch ist von Natur aus nicht nur ein soziales, sondern auch ein demokratisches Wesen oder vielmehr, der Drang nach demokratischer Betätigung ist eine der Seiten seines sozialen Wesens, das er von seinen tierischen Vorfahren übernommen hat.

Die Existenz, das Gedeihen jedes einzelnen hängt von der Existenz, dem Gedeihen der Gesellschaft ab, in der er lebt. Jeder einzelne hat daher das größte Interesse an den gesellschaftlichen Angelegenheiten, sie beschäftigen ihn, er sucht auf sie einzuwirken. Dabei sind ursprünglich die einzelnen — wenigstens des gleichen Geschlechts und der gleichen Altersstufen — einander so gut wie völlig gleich. Wohl gibt es natürliche Unterschiede der Individuen, die einen sind stärker oder klüger als die anderen und haben dadurch einen größeren Einfluß in der Gesellschaft. Aber diese Unterschiede bewegen sich doch unter primitiven Verhältnissen in sehr engen Grenzen. Alle leben unter den gleichen Bedingungen, Produktionsmittel und Waffen sind einfach und von jedem zu erlangen oder herzustellen, keiner kann ein Wissen erwerben, das den anderen dauernd verborgen bliebe, keiner vermag sich andere dienstbar zu machen und seine eigenen Kräfte durch die ihren zu verstärken. Wie hoch das Ansehen des einzelnen durch seine persönlichen Leistungen in der Gesellschaft steigen mag, er bleibt doch immer abhängig von der Gesamtheit, sie ist weit stärker als er, keiner vermag sie zu beherrschen, jeder muß ihr dienen, die Gesamtheit bleibt die höchste Instanz. Sie macht sich geltend in der Versammlung der Gesamtheit, die mindestens alle erwachsenen Männer umfaßt.

Diese urwüchsige Demokratie erhält sich während des weitaus größten Teiles der bisherigen Geschichte der Menschheit, bis zur Gewinnung der Seßhaftigkeit, der Entwicklung des Ackerbaues, dem Erstehen der Städte. Die Markgenossenschaften und die Dorfgemeinden wie die städtischen Gemeinden sind ursprünglich demokratisch organisiert.

Diese Demokratie beruhte auf dem mündlichen Verfahren. Alle öffentlichen Angelegenheiten wurden nur mündlich erörtert, die Wahlen durch Zuruf vollzogen, Gesetz und Recht sowie Geschichte des Gemeinwesens mündlich überliefert, alle Nachrichten, die für die Öffentlichkeit von Belang sein konnten, mündlich weitergegeben.

Diese Ausschließlichkeit des mündlichen Verfahrens entsprang der Einfachheit eines sich nicht wesentlich verändernden Produktionsprozesses, der geringe Kenntnisse voraussetzte, die durch Beispiel und mündliche Belehrung vom Vater auf den Sohn, von der Mutter auf die Tochter überliefert wurden, ohne sich seit Menschengedenken zu ändern. Sie entsprang der Beschränktheit der ökonomischen Beziehungen, die sich in engem Kreise vollzogen, so daß sie alle durch persönliche Besprechung zu erledigen waren. Die Volksmasse bedurfte nicht des Lesens und Schreibens für ihre Ökonomie. Ihr blieben diese Kenntnisse fremd, auch für die Zwecke der Politik. Die urwüchsigen demokratischen Gemeinwesen fanden darin ihre Schranke. Sie konnten ihr Gebiet nur so weit ausdehnen, daß jedem Mitglied die Möglichkeit blieb, die souveräne Volksversammlung zu erreichen, in ihr zu sprechen, ihre Verhandlungen zu verstehen, an ihren Entscheidungen und Wahlen durch mündliche Abstimmung teilzunehmen.

Jede Ausdehnung der Gemeinwesen über diese Schranke hinaus erfolgte auf Kosten der Demokratie. Die Zusammenfassung der urwüchsigen Demo-

kratien, der Markgenossenschaften und Gemeinden zu einer größeren Gemeinschaft, zum Staat geschah durch Schaffung einer über diesen Demokratien stehenden Gewalt, die sie beherrschte. Diese Zusammenfassung konnte erst geschehen, als eine solche Gewalt möglich geworden war. Der Staat ist von seinem Anfang an eine Herrschaftsorganisation, er ist der Gegner der Demokratie. Das gilt auch von den sogenannten demokratischen Staaten des Altertums. Auch sie waren Organisationen der Beherrschung und Ausbeutung einer Volksmasse durch eine Klasse, die sich der Staatsgewalt bemächtigt hatte. Das Demokratische an ihnen war nur der Umstand, daß es eine demokratisch organisierte Gemeinde war, die als Herrscherin über andere Gemeinden (sowie über unfreie und rechtlose Arbeiter innerhalb der eigenen Gemeinde) auftrat.

Indes haben sich demokratische Staaten dieser Art nirgends lange erhalten. Weder das Wissen der Volksmassen noch die Organisationsformen, auf denen die urwüchsige Demokratie beruhte, reichten aus für die Aufgaben, die dem Staate aus seinem Herrschaftscharakter erwuchsen. Zu diesen Aufgaben gehörten auch die der äußeren Politik und des Krieges.

Die Gemeinwesen der urwüchsigen Demokratie fanden ihre Schranke in ihren eigenen Bedingungen, wie wir schon gesehen. Wo ein solches einmal seßhaft geworden war, empfand es kein Bedürfnis, sein Gebiet auszudehnen. Natürliche Fruchtbarkeit konnte seine Bevölkerung zeitweise über diese Schranke hinaus anwachsen lassen. Das Ergebnis war nicht das Streben nach Ausdehnung des Gebiets des Gemeinwesens, sondern die Aussendung des Überschusses der Bevölkerung zur Begründung eines eigenen neuen Gemeinwesens. Das dafür erforderliche Gebiet konnte der Natur abgerungen werden, etwa durch Rodungen im Walde, oder es wurde einem schwächeren Volke abgenommen. So kam es zu zeitweisen Kriegen aus natürlichen Ursachen infolge des Wachstums der Bevölkerung.

Anders steht es in den Staaten, die aus der Zusammenfassung primitiver Gemeinwesen gebildet werden. Sie finden keine Schranke in sich selbst. Die neue Herrschaftsorganisation kann ins Ungemessene ausgedehnt werden, sie erzeugt den Drang zu steter Ausdehnung, da Reichtum und Macht der den Staat beherrschenden Klassen mit seiner Größe wachsen; ja der Drang nach Ausdehnung wird in jedem Staate in dem Maße stärker, in dem der Staat größer ist, da um so gewaltiger seine Macht den anderen Staaten gegenüber. Die Folge ist stete Kriegslust der starken Staaten, stete Notwendigkeit der Abwehr für schwache Staaten, die ununterbrochene Kriegsgefahr und häufiger Krieg. Dieser geht nicht mehr hervor aus natürlicher Notwendigkeit infolge starker Volksvermehrung, sondern aus maßlosem Drang nach Reichtum und Macht der herrschenden Klassen. Mit dem Aufkommen des Staates erstirbt die Demokratie, erwächst die ewige Kriegsgefahr. Diese bildet keineswegs ein besonderes Kennzeichen des Kapitalismus oder Imperialismus. Die letzteren führen in jenen alten Drang jeder Staatsgewalt nur neue Momente ein.

Wohl aber erzeugt der industrielle Kapitalismus die Elemente, die jener Entwicklung ein Ende machen werden. Er erzeugt seine eigenen Totengräber: das industrielle Proletariat und die Bedingungen der modernen Demokratie.

3. Die moderne Demokratie.

Der industrielle Kapitalismus macht der Produktion der einzelnen Betriebe und Haushaltungen für den Selbstgebrauch ein Ende, die bis zu seinem Aufkommen die weitaus überwiegende Produktionsform in der Gesellschaft bildet. Die Warenproduktion wird nun die allgemeine Form der Produktion; Handel und Verkehr, die ehedem vorwiegend dem Luxus dienten, ergreifen nun immer mehr auch die Güter des Massenkonsums. Es wachsen die Mittel des Massen- und Fernverkehrs für Güter und Personen in ungeheurer Weise. Die mündlichen Mittel der Verständigung zwischen den Personen reichen immer weniger aus. Gleichzeitig ergreift die Naturwissenschaft die Technik und unterwirft sie einem ununterbrochenen Umwälzungsprozeß. Immer weniger genügt das mündlich überlieferte Herkommen in der Produktion, immer wichtiger wird wissenschaftliches Verständnis wenigstens einzelner ihrer Verfahren, nicht nur für die Leiter der Produktion, sondern auch für zahlreiche Arbeitskräfte.

Wachsen der Ausdehnung und Intensität des Verkehrs ebenso wie die Umwälzung der Technik durch die Naturwissenschaft machen die Kenntnis des Lesens und Schreibens in der kapitalistischen Produktionsweise immer mehr zu einer Notwendigkeit für die Masse der Bevölkerung. Diese Kenntnis hört auf, das Privilegium einer begünstigten Oberschicht zu sein.

Damit erstehen die Bedingungen für eine populäre Presse und Literatur, ersteht die materielle Grundlage für eine Klasse von Intellektuellen, die von den herrschenden Klassen unabhängig sind und den Volksmassen dienen. Die Schriftsprache, die sich über den auf mündlicher Überlieferung beruhenden Volkssprachen, den Dialekten, erhoben hat, wird nun selbst zur Volkssprache und führt damit zur Bildung eines neuen Volksbewußtseins, das so weit reicht, wie die Schriftsprache reicht. Aus der Gemeinschaft der Schriftsprache erwächst die moderne Nationalität.

Alles das führt dahin, daß die Volksmassen immer mehr in die Lage kommen, die Staatspolitik zu verfolgen und zu erkennen, wie ihre Lage nicht bloß von der Gestaltung ihrer nächsten Umgebung, sondern von dem Zustand und der Politik des gesamten Staatswesens abhängt. Und die Abhängigkeit der Lage der einzelnen Klassen von der Staatspolitik wächst immer mehr, je mehr sich die kapitalistische Produktionsweise entwickelt, denn um so mehr wachsen die wirtschaftlichen Aufgaben und Kräfte der Staatsgewalt.

Dieses Wachstum erzeugt aber nicht nur steigendes Interesse aller Klassen an der staatlichen Politik, es macht ihre zunehmende Teilnahme an dieser Politik auch immer unentbehrlicher für die Staatsgewalt selbst. Denn deren Aufgaben werden so mannigfaltige, deren Mechanismus wird ein so verwickelter, daß er immer leichter ins Stocken kommt, wenn nicht die Triebkraft einer tatkräftigen Gesellschaft und ihre ungehemmte Kritik und Kontrolle auf ihn einwirken. Schon in den Anfängen des kapitalistischen Staates wurde es notwendig, die dilettantische Staatsverwaltung, die der große Grundbesitz im feudalen Staate besorgte, durch ein System geschulter Berufsbeamten mit weitgehender Arbeitsteilung zu ersetzen. Aber je mehr die Bureaukratie wächst und an Macht zunimmt, desto mehr wird sie aus einer Dienerin der Gesellschaft zu ihrer Herrin, desto mehr setzt sie ihre

eigenen Berufsinteressen über die gesellschaftlichen Interessen, um so schwerfälliger, formalistischer wird sie, wächst ihre Korruption und Engherzigkeit. Die Bureaukratie der Gesellschaft untertänig zu machen, dem Amtsgeheimnis die Kritik einer freien Presse entgegenzusetzen; der amtlichen Organisation die Organisationen frei gebildeter politischer Parteien; der zentralisierten Spitze der staatlichen Bureaukratie, der Regierung, eine zentralisierte Körperschaft entgegenzusetzen, die nur von Volkes Gnaden besteht, durch des Volkes Macht wirkt, das heißt ein Parlament: das wurde ein Bedürfnis nicht nur für die Volksmassen, sondern für den Staat selbst, dessen Machtmittel verkamen, wo es dem Volke nicht gelang, diese politischen Einrichtungen zu erringen. So ersteht die moderne Demokratie, die nicht mehr, wie die primitive, die eines Stammes, einer Gemeinde, einer Markgenossenschaft, sondern die eines Staates ist und damit den Staat zu einem modernen macht.

Diese Bewegung ist die notwendige Folge der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und ist ebenso unaufhaltsam wie diese. Sie beginnt in den Großstädten, namentlich solchen, die gleichzeitig Residenzstädte sind, Sitze der Regierungen, ergreift jedoch nach und nach auch die kleineren Städte und das flache Land.

Aber je kraftvoller die moderne demokratische Bewegung wird, desto mehr erstehen ihr mächtige Gegentendenzen auch außerhalb der reaktionären Klassen, durch deren Überwindung sie aufkommt. Ist die moderne Demokratie ein Produkt der kapitalistischen Produktionsweise und wird sie in ihren Anfängen von industriellen Kapitalisten selbst gefördert, so wird doch durch sie dieselbe Produktionsweise mit dem Untergang bedroht. Denn Fortschritt der Demokratie heißt Fortschritt der politischen Macht der Volksmasse, und Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise bedeutet fortschreitende Verwandlung der Volksmassen in Proletariat. Das schließliche unvermeidliche Ziel dieses Prozesses ist die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Dem wirken die herrschenden Klassen mit aller Kraft entgegen.

Die drei großen Mittel, die für das normale Funktionieren der modernen Demokratie kennzeichnend werden, sind die Presse, die Parteiorganisation, das Parlament.

Die Macht der Presse steigt aufs gewaltigste, damit wird sie aber auch immer mehr ein Werkzeug kapitalistischer Klassenherrschaft. Die einzelnen Zeitungen werden riesenhafte kapitalistische Organisationen, und die wichtigsten Mittel der Nachrichtenverbreitung, die großen telegraphischen Bureaus, werden zu Monopolen der Regierungen. Diese und die Klüngel großer Kapitalisten beherrschen immer mehr die Quellen, aus denen die Volksmasse ihre politischen Informationen bezieht.

Eine politische Partei wieder erheischt dort, wo sie so groß wird, daß sie die staatliche Politik beeinflußt, eine Reihe von Politikern und Verwaltungsbeamten, die sich ihr berufsmäßig und ausschließlich widmen. In verkleinerter, aber nicht verbesserter Ausgabe erstehen daraus die gleichen Mißstände und Widerstände gegen die Demokratie, das heißt gegen die praktische Beherrschung der Politik durch die Volksmasse, die wir schon als Kennzeichen der staatlichen Bureaukratie kennengelernt haben.

Seine schlimmsten Blüten treibt das Berufspolitikertum in den Parlamenten, wenn es zum parlamentarischen Kretinismus führt, das heißt zur

Beschränkung des ganzen politischen Denkens auf die Vorgänge im Parlament, das als eine Welt für sich betrachtet wird, die wohl der Außenwelt Gesetze gibt, aber kein Gesetz von ihr empfängt.

Bei den Parlamentswahlen endlich macht sich neben dem Einfluß der kapitalistischen Presse auch die direkte ökonomische Übermacht der Kapitalistenklasse geltend, und diese Übermacht ist im allgemeinen nicht im Abnehmen, sondern im Wachsen begriffen, je mehr die Organisationen der Unternehmer an Ausdehnung und Zusammenhalt zunehmen. Die Gewerkschaften der Arbeiter sind unentbehrlich, diesen das Maximum an ökonomischer Macht zu sichern, das sie unter den gegebenen Umständen zu entfalten vermögen, sie sind aber nicht imstande, das ökonomische Übergewicht der Kapitalistenklasse aufzuheben. Dasselbe Übergewicht, das der einzelne Kapitalist gegenüber dem vereinzelten Arbeiter besitzt, steht dem organisierten Kapitalisten gegenüber dem organisierten Arbeiter zu Gebote. Nur in Gegenden und Zeiten, in denen sich die Organisation der Arbeiter früher oder schneller entwickelt als die der Kapitalisten, verschiebt sich das Schwergewicht vorübergehend zugunsten der Arbeiter.

Alle diese Gegentendenzen bewirken, daß die Demokratie im modernen kapitalistischen Staate nie eine vollkommene werden kann, daß sie es erst nach dem Siege des Proletariats als politische Form einer sozialistischen Gesellschaft sein wird.

Aber damit ist nicht gesagt, daß die Gegentendenzen stark genug wären, den aus der ökonomischen Entwicklung hervorgehenden Fortschritt der Demokratie und des Proletariats aufzuhalten. Sie können ihn bloß zeitweise hemmen, bis die Mißstände der Hemmung so stark geworden sind, daß sie weithin empfunden und auch ungeschulten und falsch informierten Köpfen merkbar werden. Die schließliche Überwindung der Hemmung geschieht dann durch einen Dammbruch, eine Katastrophe, sei es ein Regierungssturz, eine Parteispaltung oder ähnliches.

Ihrem Wesen nach müßte die Demokratie die friedlichste politische Entwicklung gewährleisten. Daß die moderne Demokratie das noch nicht tut und nicht gegen zeitweise politische Katastrophen schützt, rührt daher, daß sie gleichzeitig das Produkt und der Todfeind der ökonomisch herrschenden Macht ist, des industriellen Kapitalismus.

4. Die Herstellung des modernen Nationalstaats durch Anpassung der Nationalitäten an den Staat.

Ein unentbehrliches Mittel gesellschaftlichen Zusammenarbeitens und Füreinanderarbeitens, also jeder gesellschaftlichen Beziehung und Verbindung ist die Sprache. Gemeinsamkeit der Sprache bildet ein starkes Bindeglied der Menschen, Verschiedenheit der Sprache eine schwer übersteigbare Schranke zwischen ihnen.

Soll in einem Gemeinwesen seine Politik eine demokratische, von der Volksmasse geleitete sein, so bedingt das, daß die Sprache der Politik, der politischen Agitation und Information, der politischen Verhandlungen und Beschlüsse, der Verwaltung und Rechtsprechung die Sprache des Volkes ist, eine Sprache, die jeder im Volke beherrscht. Das war in den Gemeinwesen der ursprünglichen Demokratie selbstverständlich. In den Staaten, die sich

über jenen Gemeinwesen erhoben, ging mit der Demokratie auch die Einheit der Sprache verloren. Wir haben schon gesehen, daß der Ausdehnungsdrang der Staaten ein maßloser wurde, nur in den Machtverhältnissen eine Schranke fand. Volkselemente der verschiedensten Sprachen konnten in einem Staate zusammengefaßt werden. Man ließ ihnen zunächst die lokale Selbstverwaltung. Für die staatlichen Aufgaben, die hauptsächlich in der Erhebung von Abgaben und Menschenkräften für Heerwesen, Straßenbauten und ähnliches bestanden, genügte es, wenn einige Vertreter des Staates in den einzelnen Bezirken die dort übliche Sprache verstanden.

Angesichts der Abgeschlossenheit, in der die kleinen urwüchsigen Gemeinwesen lebten, war die Verschiedenheit der Sprachen, die unter ihnen gesprochen wurden, eine große. So gab es auch kaum ein größeres Staatswesen, das nicht Sprachverschiedenheiten in seinem Innern aufwies, nicht nur Verschiedenheiten der Dialekte, sondern auch der Sprachstämme. Selbst in einem Staate, der als ein ausgesprochener Nationalstaat gilt, wie Frankreich, zählte man noch 1872 unter den Staatsangehörigen in den Pyrenäen 160 000, die baskisch, 100 000, die spanisch sprachen; im Südosten 350 000, die italienisch, in der Bretagne über 1 Million, die bretonisch sprachen. In einigen nördlichen Bezirken an der belgischen Grenze ist das Flämische Volkssprache.

Als die moderne Demokratie aufkam, gehörte es zu ihren notwendigen Zielen, die Volkssprache zur Staatssprache, zur Sprache der Politik, der Gesetzgebung und Verwaltung, der Rechtsprechung und des öffentlichen Unterrichts zu machen.

Das war auf zwei Wegen zu erreichen: entweder mußten alle diejenigen im Staate, die eine andere Sprache gebrauchten als die Staatssprache, diese erlernen und zu der ihren machen, oder der Staat mußte eine Begrenzung erhalten, die ihn auf das Gebiet einer Sprache beschränkte, alle in ihm zusammenfaßte, die die gleiche Sprache beherrschten, und alle außerhalb seines Bereichs ließ, die bisher im Staat eine andere Sprache gesprochen hatten. Es war aber nicht mehr die mündlich gesprochene Sprache, sondern die Schriftsprache, die dafür entscheidend wurde. Die Schriftsprache gestaltete sich zum Mittel der Verständigung und des Zusammen- und Aufeinanderwirkens von Elementen, deren Dialekte so verschieden waren, daß sie eine mündliche Verständigung vielfach ausschlossen, stets das Gefühl der Verschiedenheit lebendig erhielten.

Der erste der beiden Wege wurde schon vor dem Aufkommen der modernen Demokratie betreten, und zwar von der staatlichen Bureaukratie, die auf allen Gebieten die Uniform, das heißt die Einförmigkeit herbeizuführen sucht, nicht bloß in der Berufskleidung der Soldaten und Beamten. Die Sprache der herrschenden Klasse wird zur Staatssprache, deren Kenntnis nun auch jenen Volksteilen im Staat aufgezwungen werden soll, die andere Sprachen gebrauchen. In der Schule, vor Gericht, im Amt wird der Gebrauch jeder anderen Sprache als der Staatssprache verboten. Das bedeutet nicht nur eine große Bequemlichkeit für die Bureaukraten, sondern auch eine Bevorzugung aller Volksteile im Staate, denen die Staatssprache Muttersprache ist, die sie schon in der Familie erlernen. Auch die unteren Klassen jener Volksteile erlangen so eine gewisse Bevorzugung, bekommen etwas von dem Gefühl einer herrschenden Klasse. Gleichzeitig aber werden

selbst die oberen Klassen der Volksteile, die eine andere Sprache sprechen, dadurch benachteiligt und in die Position beherrschter Klassen gedrängt. So werden einerseits nationale Gegensätze innerhalb der gleichen Klasse geschaffen, andererseits verschiedene, sonst gegensätzliche Klassen durch die Gemeinsamkeit der Sprache und der daraus hervorgehenden Interessen einander genähert. Auf die eine wie auf die andere Weise werden die Klassenkämpfe verdunkelt und gefälscht. Einen Teil des Kampfes der aufstrebenden Demokratie gegen die Bureaukratie bildet der Kampf gegen deren Methoden gewaltsamer nationaler Uniformierung.

Weniger gewaltsam, aber um so sicherer wirkt der wachsende Verkehr, der aus dem Fortschreiten der kapitalistischen Produktionsweise entspringt. Diese verwandelt den Staat freilich nicht in ein besonderes Wirtschaftsgebiet, das sich im wesentlichen selbst genügt, wie es bei den primitiven Gemeinwesen der Fall war. Die kapitalistische Produktionsweise beruht von vornherein auf zwischenstaatlichem Verkehr. Immerhin, wenn sie den Staat auch nicht in ein besonderes Wirtschaftsgebiet verwandelt, so macht sie doch aus ihm ein besonderes Verkehrsgebiet, den inneren Markt, innerhalb dessen der Verkehr intensiver und geringeren Hemmungen ausgesetzt ist als der Verkehr mit dem äußeren Markt. Die provinzialen und lokalen Zwischenzölle fallen, während mehr oder weniger hohe Zollschranken an den Staatsgrenzen erstehen. Dem Staate wird die Aufgabe zugewiesen, die wichtigsten Verkehrsmittel herzustellen und in Betrieb zu setzen, Landstraßen, Kanäle, schließlich Eisenbahnen. Sie dienen zunächst und in erster Linie dem inneren, nicht dem äußeren Verkehr, werden seinen Bedürfnissen angepaßt. Der Verkehr innerhalb des Staates wird weit intensiver als der internationale, er bringt nicht nur wie dieser die Kaufleute, sondern alle Teile der Bevölkerung in Berührung miteinander, und zwar nicht bloß in gelegentliche, sondern immer mehr in ständige.

Werden im Staate verschiedene Sprachen gesprochen, so erwächst jetzt nicht bloß aus den Bedürfnissen der regierenden Klasse, sondern aus den ökonomischen Bedürfnissen aller Klassen die Notwendigkeit einer von allen gekannten Verkehrssprache. Sie wird von vornherein die Sprache des ökonomisch entwickeltsten Volkes im Staate sein, namentlich dann, wenn dieses gleichzeitig das zahlreichste und das politisch herrschende ist. Jeder einigermaßen rührige Mensch, der es in der Gesellschaft zu etwas bringen will, wird sich nun bemühen, diese Sprache zu erlernen.

Gleichzeitig bringt der wachsende Verkehr auch zunehmende innere Wanderungen mit sich. Die kapitalistische Produktionsweise erzeugt überall die Tendenz nach relativer Abnahme der Arbeiterzahl, das heißt nach ihrer Abnahme im Verhältnis zur Größe des angewandten Kapitals. Doch in der Industrie wird diese Tendenz mehr als wettgemacht durch rapides Zunehmen des Kapitals. In der Landwirtschaft nimmt dieses viel langsamer zu, hier wird die relative Abnahme leicht zu einer absoluten. In allen kapitalistischen Ländern finden wir daher stets Zunahme der industriellen Arbeiterschaft, nicht nur infolge natürlicher Vermehrung, sondern auch infolge starken Zuströmens von der Landwirtschaft in die Industrie. In sprachlich gemischten Gegenden bedeutet das für Nationalitäten, die nur eine agrarische Bevölkerung umfassen, eine stete Abgabe von Mitgliedern an industrielle Gegenden, in denen man eine andere Sprache spricht, die von den

Zuziehenden erlernt und angenommen wird. Die rein agrarischen Nationalitäten geben immer mehr ihre energischsten und intelligentesten Elemente an die industrielle Nation ab. So wie das flache Land überhaupt im Gegensatz zur Stadt geistig verödet und verarmt, so gilt das auch für die agrarischen Nationalitäten zugunsten der industriellen, was die Widerstandslosigkeit und die Flucht aller intelligenten Elemente aus ihnen noch steigert. So werden Nationalitäten, die agrarisch bleiben, im Nationalitätenstaat nach und nach aufgesaugt und verschwinden schließlich. Sie sind unrettbar dem Untergang geweiht.

Das sind jene »Völkerabfälle«, deren »gänzliche Vertilgung oder Entnationalisierung« Marx und Engels 1849 für unvermeidlich erklärten, wie zum Beispiel die Gälen in Schottland, die Bretonen in Frankreich, die Basken in Spanien, die Ladiner in Tirol, die Sorben oder Wenden in Preußen und Sachsen. Um das Jahr 1870 zählte man in Preußen noch 86 000 Wenden, 1905 63 000. Es liegt hier nicht etwa wie bei den Indianern Nordamerikas ein Aussterben der Rasse vor. Im Gegenteil. Gerade jene ökonomisch rückständigsten Nationen erweisen sich in der Regel als äußerst fruchtbar. Was als Aussterben der Nation erscheint, ist bloß das Aufgeben einer Sprache, die für den Verkehr unnütz geworden ist.

Dieser Prozeß des Aufsaugens kleiner »Völkerabfälle« durch große Nationen innerhalb eines Staates darf nicht verwechselt werden mit der Aufsaugung kleiner Staaten durch große. Beide Vorgänge werden nicht selten einander gleichgesetzt, der zweite ebenso wie der erste als notwendiges Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise bezeichnet, die auf allen Gebieten vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb übergehe. Das klingt ganz marxistisch, wird auch für Marxismus ausgegeben, ist aber keiner. Statt in der Ökonomie bloß die letzte Ursache der Politik zu sehen, macht diese Auffassung die Gesetze der Ökonomie ohne weiteres zu Gesetzen, von denen auch die Politik beherrscht wird, was nicht minder verkehrt ist wie jene Auffassung, die die Gesetze des tierischen Organismus unterschiedslos auf den gesellschaftlichen Organismus anwendet.

Wir haben gesehen, daß das stete Streben nach Ausdehnung des Staates durch Aufsaugung kleinerer Gemeinwesen verschiedener Nationalitäten nicht die kapitalistische Produktionsweise besonders kennzeichnet, sondern vielmehr dem Staate seiner Natur nach von Anfang an innewohnt. Insoweit die kapitalistische Produktionsweise die Tendenzen der modernen Demokratie schafft, setzt sie sogar jenem Ausdehnungsdrang der den Staat beherrschenden Klassen Schranken, indem sie die Form des Nationalstaats zur zweckmäßigsten Form des Staates macht und bewirkt, daß erneute zwangsweise Angliederung nationsfremder Gebiete, wenn diese bereits ein starkes politisches Leben in einem modernen Staat entwickelt haben, höchst gefährlich und schädlich für den annektierenden Staat wird.

Wohl setzt sich die Tendenz zum Nationalstaat nicht überall durch — wir werden noch die Hindernisse kennenlernen, die sie unter Umständen hemmen. Aber in keinem modernen Staate, der zu einem Nationalstaat geworden ist, haben wir bis zu dem jetzigen Kriege die Tendenz entdecken können, sich zu einem Nationalitätenstaat zu erweitern. Und in keinem modernen Nationalitätenstaat die Tendenz, die Zahl der Nationen, die er umfaßt, durch Angliederung einer neuen zu vermehren und dadurch seine nationalen

Schwierigkeiten zu vergrößern. Die Tatsachen, die in entgegengesetztem Sinne zu sprechen scheinen, sind entweder nur scheinbar oder zu unbedeutend, um die Gesamttendenz aufzuheben. Und selbst diese unbedeutenden Abweichungen liegen den Staaten, die sie sich erlaubten, schwer im Magen. Wir sehen hier ab von der Kolonialpolitik, die in ein ganz anderes Kapitel gehört. Hier sprechen wir von der Annexion von modernen Staaten mit einer entwickelten Demokratie, deren Bevölkerung an dem politischen Leben des Staates entweder tatsächlich teilnimmt oder doch auf das entschiedenste daran teilzunehmen verlangt.

Welches sind die Annexionen, durch die europäische Staaten sich in den letzten hundert Jahren vergrößerten?

Da haben wir Frankreich, das sich 1860 Savoyen und Nizza angliederte, nachdem eine Volksabstimmung sich mit großer Mehrheit für den Anschluß ausgesprochen. Die Sprache Savoyens war die französische. Das hart an der französischen Grenze liegende kleine Nizza war gemischtsprachig.

Dann der große Erobererstaat Rußland. Es ist von den Großstaaten Europas derjenige, der von modernen Tendenzen und namentlich der Demokratie am längsten unberührt geblieben war. Trotzdem hat auch er sich im Laufe der letzten hundert Jahre gehütet, das Gebiet einer weiteren europäischen Nationalität zu den von ihm schon eroberten hinzuzufügen. Seine ganzen Besitzwechsel im Laufe dieses Zeitraums in Europa betrafen ein Zipfelchen Beßarabiens. Rußland hatte fast das ganze Beßarabien 1812 annektiert. Einen kleinen Streifen an der Donaumündung gewann es 1829 noch hinzu, um es 1856 wieder an Rumänien abtreten zu müssen, von dem es ihn 1878 wieder zurückgewann. Das war alles, was es in den letzten hundert Jahren seit dem Wiener Kongreß 1815 an europäischem Boden eroberte.

Bedeutender war 1878 der Gewinn Österreichs, das damals Bosnien und die Herzegowina »okkupierte«. Es bekam dadurch einen Bevölkerungszuwachs von 1 300 000 Köpfen, die aber keine neue Nationalität in den Staat einführten, sondern nur seine 3 Millionen Serbokroaten vermehrten.

Das alles war höchst unbedeutender Natur und führte nirgends dazu, einem der bestehenden Staaten eine neue Nationalität zuzuführen. Die wirklich bedeutenden Grenzverschiebungen und Annexionen, die in den letzten hundert Jahren in Europa vollzogen wurden, in Italien, Deutschland, auf dem Balkan, bewegten sich in der Richtung des Nationalstaats, nicht über ihn hinaus. Es war nur eine bedeutungslose Nebenerscheinung, wenn dabei in Nordschleswig etwa 150 000 Dänen und in Lothringen etwa 300 000 Franzosen annektiert wurden. Die Gegend um Metz herum umfaßt die meisten Franzosen der Reichslande und stellt ein geschlossenes französisches Sprachgebiet dar; Bismarck wünschte die Annexion dieses Teiles gar nicht. Sie wurde ihm aus strategischen Gründen vom Generalstab aufgedrängt.

Jedem Gedanken, einmal fremdsprachiges Gebiet für Deutschland zu erwerben, war Bismarck nicht nur abhold, sondern direkt feindlich, so daß er im Versailler Frieden selbst Metz nur sehr ungern auf Andrängen Moltkes genommen hat. (Delbrück, Bismarcks Erbe, S. 169.)

Außer der Bildung der Nationalstaaten Deutschland und Italien sowie der Balkanstaaten und den eben erwähnten kleinen Annexionen, die keinem der Staaten, der sie vollzog, eine neue fremde Nation einverleibten, haben

sich aber in den letzten hundert Jahren nur noch drei große Veränderungen im zwischenstaatlichen Leben Europas vollzogen, die hier zu bemerken sind: die Lostrennung Belgiens von den Niederlanden 1830, die halbe Trennung Ungarns von Österreich 1867 und die ganze Trennung Norwegens von Schweden 1905. Sie gehen durchaus nicht in der Richtung der Auffaugung eines Staates durch einen anderen. Die Tendenz der modernen Demokratie, ein Ergebnis des fortschreitenden Kapitalismus, wirkt hier vielmehr in entgegengesetzter Richtung.

Die Erscheinung der Konzentration der Großstaaten durch Auffaugen der kleineren, die aus den Gesetzen der Akkumulation des Kapitals erklärt werden soll, besteht also gar nicht und bedarf deshalb auch keiner Erklärung. Die Appetite, denen durch jenes angebliche Gesetz des modernen Völkerlebens eine Rechtfertigung gegeben wird, sind erst während des jetzigen Krieges rege geworden. Was der fortschreitende Kapitalismus braucht, ist wachsende Ausdehnung des Verkehrs, nicht des Staatsgebiets. Eine Vergrößerung des Staates, die bestehende Zollgrenzen aufhebt, kann ebenfalls in dieser Richtung wirken, aber sie ist nur zu erreichen durch zermalmende Kriege, die erdrückende Kriegsrüstungen voraussetzen. Weit sicherer und ohne jede Belastung und Hemmung des ökonomischen Lebens, ja unter seiner lebhaftesten Anregung wird die wachsende Ausdehnung des Verkehrs erreicht durch Eisenbahnbauten und Handelsverträge, in denen die Zollgrenzen möglichst erniedrigt werden.

Das und nicht die stete Ausdehnung des Staatsgebiets ist ein Gebot der ökonomischen Entwicklung.

Anders steht es freilich mit der Auffaugung nicht kleiner Staaten durch große, sondern kleiner, rückständiger Nationen durch größere oder höherentwickelte innerhalb eines Staates. Sie geht für manche kleine Nationen unhemmbar vor sich. Aber nicht für alle.

Der Prozeß der Entnationalisierung einer kleinen, agrarischen Völkerschaft findet eine starke Gegentendenz dort, wo sie dahin gelangt, von der Bewegung der modernen Demokratie ergriffen zu werden. Im Zusammenhang mit dieser Bewegung entwickelt sie eine eigene Klasse von Intellektuellen und eine eigene Schriftsprache mit starker Literatur, eine Sprache, die nicht bloß die Sprache der Poesie wird, sondern auch die der Prosa. Eine belletristische Literatur kann auch der Dialekt haben. Erst die Anwendung im Alltag, in den Zeitungen, in den Briefen, im Unterricht, der populärwissenschaftlichen Literatur macht die Schriftsprache zur Sprache der Volksmasse, zu einem politischen Faktor, macht aus den Volksmassen, die sie gebrauchen, eine moderne Nationalität. Ist ein Volk einmal auf diese Höhe gelangt, dann vermag es im Festhalten seiner Sprache eine unglaubliche Zähigkeit zu entwickeln.

Die Schrift hat stets einen konservierenden Charakter. Sie ist das beste Mittel, die Vergangenheit und ihre Produkte lange in unserem Bewußtsein lebendig zu erhalten. Das beweist unter anderem der Einfluß, den sich die Bibel bis heute bewahrt hat. Wo ein Volk zu einer eigenen Schriftsprache kommt, wirkt sie konservierend, erschwert sie die Assimilierung des Volkes an ein anderes.

Als Marx und Engels 1849 der Überzeugung waren, daß die österreichischen Slawen ein ähnliches Schicksal erwarte wie etwa die Basken

und Bretonen, da besaßen jene Slawen noch keine Literatur, die der Rede wert war. Selbst bei den Tschechen stand die Anwendung ihrer Sprache als Schriftsprache der Massen noch in sehr dürftigen Anfängen. Weit mehr noch bei den Südslawen, die ja Analphabeten waren.

Das ist heute erheblich anders geworden, Tschechen und Südslawen haben Universitäten, eine starke Presse, eine reiche Literatur. Heute noch sich auf die Worte von 1849 als Richtschnur für unsere Zeit, nicht als Kennzeichen jener Tage berufen, bezeichnet entweder völlige Unkenntnis der Verhältnisse oder dreiste Spekulation auf solche Unkenntnis.

Wo in einem gemischtsprachigen Staat ein Agrarvolk zu einer eigenen Schriftsprache gelangt und damit ein Mittel festeren nationalen Zusammenhalts gewinnt, kann sich sogar das Blättchen wenden. Die agrarischen Massen, die den industriellen Gebieten zuwandern, brauchen jetzt ihre Nationalität dort nicht zu verlieren. Ist ihre Zuwanderung stark genug, können sie die überlieferte Sprache des industriellen Gebiets immer weiter zurückdrängen und schließlich die ihrige dort herrschend machen. Das ist ein Prozeß, der sich heute in den Städten Böhmens und Mährens vollzieht.

Allerdings findet er nur dort statt, wo die fremde Einwanderung geschlossen und überwältigend ist. Die tschechische Einwanderung in Wien oder die polnische im Ruhrrevier vermögen den deutschen Charakter dieser Gebiete nicht zu erschüttern. Daß die slawische Einwanderung jetzt von Massen vollzogen wird, die lesen und schreiben können und über eine eigene Presse und Literatur verfügen, kann ihre Aufsaugung dort bloß verlangsamen. Die alte Generation bleibt ihrer Sprache noch einigermaßen treu, die neue Generation, die am Orte geboren und erzogen wird, spricht die Sprache des Ortes, nicht die der Einwanderer.

Jede Hemmung eines unvermeidlichen Prozesses wirkt schädlich. Die Verlangsamung der Aufsaugung der Zuwanderer, ihres Erlernens der Ortssprache erschwert es, daß die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten am Orte sich verständigen und gemeinsam den Klassenkampf führen.

Am geringsten sind die Änderungen der Sprachgrenzen dort, wo eine bäuerliche Bevölkerung dem Analphabetentum entwächst und zum Gebrauch der Schriftsprache ihrer Nationalität gelangt. Die konservierende Wirkung der bäuerlichen Wirtschaft wird da gesteigert durch die konservierende Wirkung der Schrift. Unter diesen Bedingungen erweist sich eine Nationalität als besonders zäh. So war es im Deutschen Reiche bisher nicht möglich, im nördlichen Schleswig oder in Lothringen sowie im östlichen Posen die deutsche Sprache zur Volkssprache zu machen.

Man sieht, die Ausdehnung einer Nationalität ist nicht etwas Konstantes, sondern sehr Variables. Nicht bloß natürliche Vermehrungsbedingungen, sondern auch ökonomische und politische Bedingungen, die im Laufe der Geschichte beständig wechseln, beeinflussen ihre Verbreitung aufs tiefste.

Jeder der größeren neueren Staaten ist zur Zeit des Aufkommens der modernen Produktionsweise und Demokratie aus sehr verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt, die sehr verschiedene Sprachen sprechen. Ein Teil dieser Elemente wird von der im Staat an Zahl, ökonomischer und politischer Kraft überwiegenden Sprachgemeinschaft assimiliert und geht in ihr auf. Bei einem anderen Teile gelingt es nicht. Je mehr der erste Prozeß gelingt, desto näher kommt der Staat dem Typus des Nationalstaats. Je

weniger jener Prozeß in Wirksamkeit tritt, desto ausgesprochener wird der Staat den Typus des Nationalitätenstaats tragen. In den alten kapitalistischen Staaten überwiegt der erstere Typus. Bei ihnen konnten die assimilierenden Tendenzen des modernen Staates und der modernen Produktionsweise wirken, ehe die moderne Demokratie aufkam und ehe die Volksbildung auch in kleineren Nationen die Grundlagen für eine Schriftsprache und Literatur der Massen schuf. In den Staaten, in denen sich die kapitalistische Produktionsweise erst spät entwickelt, indes sich manche der Tendenzen der modernen Demokratie in ihnen schon geltend machen, wird die Bildung des Nationalstaats durch Assimilierung der beherrschten Nationen an die herrschende schwerer. Doch geht dieser Prozeß auch dort vor sich. Von den 142 Völkerschaften, die Rußland zählen soll, werden sich gewiß nicht alle zu modernen Nationen entwickeln, die meisten den Weg der Sorben und Basken gehen, die Osseten, Wogulen, Tscheremissen, Kalmücken, Samojeden usw. Doch eine Reihe hat sich bereits zu modernen Nationen entwickelt, andere werden folgen.

Wo immer sich eine moderne Nationalität bilden mag, überall fordert sie ungestüm das Recht der Selbstbestimmung, wozu auch die Erhebung der Volkssprache zur politischen Sprache, zur Staatssprache gehört. Vermag die aufsteigende Nationalität nicht das Staatswesen, in dem sie erwächst, in ihren Nationalstaat zu verwandeln, dann sucht sie es zu zertrümmern oder sich von ihm loszureißen, um als selbständige Nation einen selbständigen Staat zu bilden.

5. Die Herstellung des modernen Nationalitätenstaats durch Anpassung des Staates an die Nationalität.

Die bisher betrachteten Methoden der Bildung eines Nationalstaats aus verschiedenen Völkerelementen sind Methoden langsamer, allmählicher, wenn auch nicht immer friedlicher Umformung der Völker innerhalb des Bereichs eines gegebenen Staates, dessen Umfang dabei unverändert bleibt, wenigstens nicht durch diesen Prozeß geändert wird. Es ist ein Prozeß innerer Politik und Ökonomie. Ganz anders gestaltet sich die Sache dort, wo sich verschiedene Nationalitäten innerhalb eines gemeinsamen Staates gegenüberstehen, von denen keine imstande ist, die anderen aufzusaugen, und von denen jede ein kraftvolles politisches Leben ihrer Volksmassen entwickelt, jede nach einem Staatswesen drängt, das ihr dienstbar gemacht wird. Wir haben bereits darauf hingewiesen, wie leicht bei diesen Kämpfen die Klassengegensätze innerhalb der Nationen durch nationale Gegensätze zurückgedrängt werden.

Wo eine Nationalität auf solche Bedingungen stößt, dort wird sie, namentlich wenn sie in der Minderheit ist und ihre Stellung im gegebenen Staate eine hoffnungslose erscheint, ihn nicht umzubilden, sondern umzustürzen oder mindestens sich ihm durch eine Veränderung seiner Grenzen zu entziehen trachten.

Das Ziel dieses Prozesses ist nicht durch allmähliche Umbildung zu erreichen, sondern nur durch eine plötzliche Katastrophe des Staates, durch Revolution oder Krieg.

Man hat die Gesellschaft als einen Organismus bezeichnet. Dementsprechend könnte man den Staat als einen Mechanismus betrach-

ten. Er ist weit starrer als jene. Die Gesellschaft wird durch Gesetze beherrscht, die mit der Macht von Naturgesetzen wirken und in der Tat aus der Natur hervorgehen, der Menschennatur.

Der Staat dagegen wird durch Gesetze geregelt, die seiner Bevölkerung bewußt zu bestimmten Zwecken durch die Machthaber auferlegt werden — seien es Monarchen, Aristokraten oder Organisationen von Volksmassen. Die Gesellschaft ist in stetem Wandel begriffen, der meist ganz unmerklich vor sich geht. Mit den gesellschaftlichen Bedingungen wechseln auch die gesellschaftlichen Gesetze. Die Menschennatur reagiert auf jeden Reiz in der ihrem Wesen entsprechenden Weise. Wechselt der Reiz oder wechseln die Bedingungen, unter denen er ausgeübt wird, so wechseln notwendigerweise von selbst auch seine Wirkungen auf die Menschen. Die Gesetze des Staates dagegen bleiben die gleichen, solange sie nicht ausdrücklich abgeändert oder aufgehoben werden. Ihre Wirkung freilich oder das Maß ihrer Durchführung bleibt vom Wechsel der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht unberührt. Aber die Staatsgesetze selbst können, wenn die Machthaber ein Interesse an ihnen haben, ja schon aus Gewohnheit und Unverstand erhalten bleiben, während die gesellschaftlichen Bedingungen aufhören, unter denen jene Gesetze geschaffen wurden und ihren Zweck erfüllten. So erben sich bekanntlich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort. Die staatlichen und die gesellschaftlichen Gesetze können in immer stärkeren Gegensatz zueinander geraten, bis eine staatliche Katastrophe sie wieder in Übereinstimmung zueinander bringt.

Noch starrer als der innere Bau ist jedoch der Umfang des Staates. Im inneren Leben eines Staates sind Katastrophen möglich, aber doch nicht unter allen Umständen unvermeidlich, um ihn geänderten Verhältnissen anzupassen. Die gewaltsamen Katastrophen sind da die Ausnahmen, die Regel bilden Änderungen einzelner Gesetze als Resultate von Machtverschiebungen zwischen Klassen, Parteien, Koterien, die ihre Gegensätze auf dem gegebenen Boden des Staates miteinander ausfechten.

Diesen Boden ungeschmälert zu erhalten, ist aber das gemeinsame Interesse aller Klassen im Staate, die an seiner Ausbeutung teilhaben oder erhoffen, Anteil an ihr zu gewinnen. Dies gemeinsame Interesse und insofern das Interesse der Nation, das heißt der Gesamtheit der Klassen, widersetzt sich jeder Schmälerung des Staatsgebiets.

Auch hier zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft. Es ist nicht immer möglich, den Umfang der Gesellschaft festzustellen. Die Gesellschaft bedeutet die Gesamtheit oder die Summe der Menschen, die in dauernden und notwendigen Beziehungen zueinander stehen. Die Größe dieser Summe wechselt mit den ökonomischen Bedingungen, namentlich denen des Verkehrs. Wo ein Gemeinwesen in völliger Abgeschlossenheit für sich lebt, ist sie gleich dieser Gemeinschaft. In der kapitalistischen Produktionsweise dagegen besteht die Tendenz, die Gesellschaft und die Menschheit zu gleichbedeutenden Begriffen zu machen. Zwischen diesen beiden Extremen kann der Umfang der Gesellschaft die verschiedensten Grade der Ausdehnung erreichen. Die antike Gesellschaft umfaßte zum Beispiel das Gebiet um das Mittelmeer herum. Zu ihr gehörten natürlich nicht Amerika und Australien, aber auch nicht Ostasien, Afrika südlich der Sahara und der nördlichste Teil Europas. Doch wäre es unmöglich, innerhalb dieses Ge-

biets die Grenzen der antiken Gesellschaft genau abzustecken. Die Grenzen der Gesellschaft werden auch nie umstritten, und wo sie sich erweitern, geschieht es unmerklich.

Ganz anders steht es mit den Grenzen des Staates. Sie werden genau abgesteckt und von seinen Herren ebenso wie von denen, die hoffen, seine Herren zu werden, als ihr gemeinsamer Besitz ebenso eifersüchtig gehütet, wie jeder von ihnen seinen persönlichen Besitz hütet. Einer Minderung dieses Besitzes widersetzen sich alle diese Schichten. Sie ist nur durch Gewalt zu erreichen.

Ist für den inneren Bau eines Staates der Weg seiner allmählichen Umwandlung durch friedliche Detailgesetzgebung die Regel und die gewaltsame Katastrophe die Ausnahme, so ist eine Änderung im Umfang eines Staates bisher fast nur auf gewaltsamem Wege, durch Insurrektion oder Krieg möglich gewesen. Die Katastrophe bildet hier die Norm.

Eine Abweichung davon findet höchstens dort statt, wo sich der Staat nicht im Besitz einer oder mehrerer Klassen befindet, kein Teil des Volkes Anteil an seiner Beherrschung hat oder erwartet, sondern wo er das private Eigentum einer Familie, einer Dynastie geworden ist, die über ihn nach Belieben verfügen, ihn oder Stücke davon als Erbgut, Mitgift, Kaufpreis oder Pfand anderen Familien überlassen kann. In diesem Stadium sind die Staatsgrenzen in ständigem Wechsel begriffen und sind Kriege nicht die einzige Ursache ihrer Änderungen. Aber deren überwiegende Ursache ist auch da der Krieg. Und das Stadium dieses Absolutismus bildet nur eine vorübergehende und engbegrenzte Erscheinung in der Geschichte.

Die Bildung neuer Nationalstaaten aus bestehenden Nationalitätenstaaten war und ist also nur möglich auf dem Wege der Gewalt. Diese kann die Form gewaltsamer Revolution annehmen, gewaltsamer Empörung der unterdrückten oder getrennten Nation gegen diejenigen Staatsgewalten, die sie niederhalten oder ihre Vereinigung hindern. Die zweite mögliche Form der Gewalt zur Durchsetzung jenes staatlichen Umsturzes ist die des Krieges einer bestehenden Staatsgewalt, die ein Interesse an der Befreiung und Einigung der betreffenden Nation hat, gegen jene Staatsgewalt, die sich dem widersetzt.

Wir haben bereits gesehen, daß der revolutionäre Weg der Herstellung von Nationalitätenstaaten immer mehr versagt, da die bürgerlichen Klassen aufgehört haben, revolutionär zu sein. Auch schließt der proletarische Klassenkampf ein dauerndes Zusammengehen des Proletariats mit den besitzenden Klassen der Nation oder gar eine freiwillige Unterordnung des Proletariats unter die ausbeutenden Klassen der Nation zur Führung des nationalen Kampfes aus. Diese Klassen selbst ziehen heute einen Zustand der nationalen Unterdrückung, der ihre ökonomische Herrschaft nicht antastet, dem einer Revolution vor, die sie national befreien würde, aber sie ökonomisch zu expropriieren droht.

So hat nach beiden Seiten hin die Revolution als Mittel der nationalen Befreiung innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung ihre Bedeutung verloren. Um so mehr wurde zeitweise der Krieg einzelner Machthaber als Mittel der Befreiung mancher Nation ins Auge gefaßt. In den Kriegen der Dynasten sind aber seit Napoleon I., der sich zuerst im vorigen Jahrhundert als Völkerbefreier gebärdete, die Völker in der Regel die Genarrten ge-

wesen, die sich von ihnen durch die Verheißung nationaler Befreiung als Werkzeuge gebrauchen ließen. Auf jeden Fall ist das Mittel für die Völker, denen es angepriesen wird, ein höchst unsicheres und zweischneidiges.

Diese Gestaltung der politischen Situation ist jedoch nicht das einzige Hindernis, dem die Bildung des vollkommenen Nationalstaats begegnet. Andere Hindernisse können erstehen aus ökonomischen Notwendigkeiten.

Der Nationalstaat ist vom demokratischen Standpunkt aus sicher die vollkommenste Form des modernen Staates, diejenige, in der die Volksmasse sich am ehesten politisch zur Geltung bringen kann, weil sie dort in ihrer Gesamtheit die Staatssprache, die Sprache des politischen Lebens, der politischen Information und Agitation beherrscht. Aber der moderne Staat muß eine Form haben, die nicht nur den politischen, sondern auch den ökonomischen Bedürfnissen entspricht. Und wo beide in Konflikt miteinander geraten, kann leicht das politische, demokratische Bedürfnis ins Gedränge kommen. Auch hier müssen wir wieder an den Faktor erinnern, der mit der modernen Produktionsweise aufgekommen ist und der den modernen Staat, die moderne Nationalität geschaffen hat: den Verkehr.

Es ist ein Unsinn, zu behaupten, der moderne Staat müsse eine Wirtschaftseinheit bilden. Kein Staat ist eine solche. Aber er muß, wie wir schon einmal bemerkt, eine Verkehrseinheit bilden, und zwar in dem Sinne, daß innerhalb seiner Grenzen der Verkehr seiner einzelnen Teile untereinander leichter ist als der Verkehr mit dem Ausland. Das wird erreicht auf dem Wege der Abschließung des letzteren durch eine Zollgrenze sowie andererseits durch Aufhebung aller inneren Zölle und den Ausbau eines Netzes von Kommunikationen — Straßen, Kanälen, schließlich Eisenbahnen. Eine solche Verkehrseinheit herzustellen ist offenbar nur dann möglich, wenn alle Teile des Staatsgebiets räumlich zusammenhängen.

Der feudale Staat bedurfte dieses Zusammenhanges nicht. Seine einzelnen Gebiete waren ökonomisch voneinander unabhängig, genügten sich im wesentlichen selbst. Ein feudaler Fürst konnte Herrschaften in den verschiedensten Gegenden zerstreut besitzen. Die Habsburger besaßen bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein Gebiete in Baden und Württemberg, die Hohenzollern in der Schweiz. Für einen modernen Staat wäre derartiges ganz unmöglich.

Hand in Hand mit den Bedürfnissen des Verkehrs gehen die der Kriegführung, die eng damit zusammenhängen. Unter gleichen Umständen hat die größere Armee stets die besseren Aussichten. Die Ausdehnung der Armee wird aber bedingt durch den Stand der Verkehrsmittel. Je vollkommener diese, desto größer kann die Armee sein, desto größere Truppenmassen kann man an einem Punkte rasch konzentrieren, desto länger kann man sie zusammenhalten und mit Proviant und Kriegsmaterial versorgen. Die Heere des Mittelalters waren klein, schwerfällig, nicht lange zusammenzuhalten. Gegen die waren einzelne Burgen und Städte selbst dann zu verteidigen, wenn kein Entsatz den Belagerten winkte. Das Bedürfnis, den Staat so zu gestalten, daß rasch große Truppenmassen aus allen seinen Teilen zusammenströmen konnten, bestand damals noch nicht. In der modernen Kriegführung dagegen macht sich dies Bedürfnis immer mehr geltend, es wirkt auf die Gestaltung der Staatsgrenzen in derselben Richtung, wenn auch nicht immer in derselben Weise wie das ökonomische.

Die Bedürfnisse der Kriegführung wie des Verkehrs in unserer Zeit erzeugen den Drang nach einem geschlossenen Staatsgebiet. Das Gebiet einer Sprache oder Nationalität ist aber keineswegs immer ein geschlossenes. Seit den Zeiten der Völkerwanderung ist es in Europa wohl zu Wanderungen ganzer Völker nicht mehr gekommen. Aber Wanderungen einzelner Volksteile gingen und gehen immer wieder vor sich. Heute sind es meist Wanderungen in die Städte, wo die Zuwandernden, wenn sie fremde Sprachen sprechen, sich leicht assimilieren. In früheren Jahrhunderten waren viele der Wandernden Bauern, die in dem neuen Lande, in dem sie sich niederließen, fortfuhren, als Bauern ihr eigenes ökonomisches Leben zu führen, und die daher ihre ursprüngliche Sprache bewahrten. So finden wir in den verschiedensten Ländern Europas, und zwar um so mehr, je weiter wir nach Osten kommen, Sprachinseln, deren Bewohner eine Sprache sprechen, die verschieden ist von der des größeren Gebiets, in dem sie eingesprengt sind. Andererseits sind die Grenzen der Sprachgebiete nicht immer streng zu ziehen. Bewohner verschiedener Nationalitäten wohnen in manchen Gegenden in einem Maße durcheinander, daß es schwer ist, festzustellen, welcher Nationalität dies Gebiet angehört.

Die Herstellung eines Nationalstaats darf also nicht dahin aufgefaßt werden, als handle es sich dabei darum, alle Gebiete, die von der gleichen Nationalität bewohnt werden, ihm einzuverleiben. Auch diejenigen, die dem deutschen Nationalstaat, den sie ersehnten, die Grenzen nicht weit genug ziehen konnten, dachten nicht daran, etwa Siebenbürgen mit seinen Sachsen für ihn zu beanspruchen. Beim Nationalstaat kann nur das geschlossene Sprachgebiet in Betracht kommen. Jede lebensfähige Nationalität bewohnt ein solches. Bei der Zuteilung der gemischten Bezirke an den Grenzen jenes Gebiets wird ein gegenseitiges do ut des unvermeidlich. So forderte zum Beispiel die »Neue Rheinische Zeitung« (Marx oder Engels) im August 1849, daß Deutschland sich mit Polen wegen Posens verständige.

Die Herstellung Polens und seine Grenzregulierung mit Deutschland ist nicht nur notwendig, sie ist bei weitem die lösbarste von all den politischen Fragen, die seit der Revolution in Osteuropa aufgetaucht sind....

Daß bei dem Durcheinander von Deutsch und Polnisch an der Grenze und namentlich an der Küste beide Teile sich gegenseitig etwas nachgeben, daß mancher Deutsche polnisch, mancher Pole hätte deutsch werden müssen, verstand sich von selbst und hätte keine Schwierigkeit gemacht.

Aber die Schwierigkeit bestand eben darin, jenes »gegenseitige Nachgeben« herbeizuführen. Eine andere Schwierigkeit bei der Herstellung eines Nationalstaats kann sich dort bilden, wo natürliche Grenzen des Staates vorhanden sind, die sich mit der Sprachgrenze nicht decken. Es gibt Gebiete, die von Natur aus Verkehrseinheiten bilden, die nicht erst durch Zollgrenzen vom Ausland abgetrennt, nicht erst durch künstliche Verkehrswege zusammengeschlossen werden, sondern die von natürlichen, schwer überschreitbaren Grenzen umgeben und innerhalb dieser durch natürliche Verkehrswege, zum Beispiel die Täler und Wasserläufe eines Flußgebiets zu einem regeren inneren Verkehr veranlagt sind. Ein solches Gebiet bietet eine natürliche Grundlage für ein Staatswesen und läßt sich schwer in gesonderte Staaten trennen, auch wenn es von mehreren Nationen bewohnt wäre.

Selbstverständlich kann man von natürlichen Grenzen und Verkehrswegen nicht in dem Sinne sprechen, daß sie von Natur aus ein für allemal gegeben seien. Es hängt vielmehr von der Höhe der Technik und Ökonomie ab, ob und in welcher Weise sie wirken. In den Anfängen der Kultur können dichte Wälder ein starkes Hindernis des Verkehrs zwischen zwei benachbarten Völkern, eine natürliche Grenze zwischen ihnen bilden. In keinem Kulturland ist das heute mehr der Fall. Breite, tiefe Ströme können zu bestimmten Zeiten trennend, zu anderen vereinigend wirken. Auch Gebirge bilden kein absolutes Hindernis des Verkehrs.

Im Zeitalter des Kapitalismus mit seiner riesenhaften Entfaltung der Technik verlieren die natürlichen Grenzen zusehends an Bedeutung. Doch wirken sie in unsere Zeit noch hinein, schon durch die historischen Bedingungen und Traditionen, die sie geschaffen haben und die für die Bedürfnisse der Völker und damit für ihre Selbstbestimmung nicht gleichgültig sind.

Wir gedenken bei einer anderen Gelegenheit konkrete Beispiele dafür zu geben, einstweilen sei nur noch bemerkt, daß man den Einfluß der natürlichen Bedingungen auf die Formung der Staatsgrenzen nicht außer acht lassen, aber auch nicht überschätzen darf. Es wird mit dem geographischen Faktor heute mancher Unfug getrieben, manches staatliche Gebilde, das dynastische Familienpolitik oder der Wiener Kongreß von 1815 geschaffen hat, als Produkt einer Naturnotwendigkeit hingestellt. Das gehört zu den Versuchen, die moderne Naturwissenschaft den Bedürfnissen sozialer und politischer Machthaber dienstbar zu machen, wie man ja auch den Krieg oder die Kolonialpolitik darwinistelnd als Naturnotwendigkeit zu erklären sucht.

Es ist zum Beispiel ein Unsinn, die österreichische Monarchie als eine natürliche Verkehrseinheit zu betrachten, anzunehmen, daß etwa Galizien und Bosnien, die Bukowina und das Trentino durch die Natur mehr aufeinander angewiesen wären als auf den Verkehr mit ihren nächsten Nachbarn außerhalb der Zollgrenzen.

So verschieden und meist wenig bestimmt aber auch in der heutigen Produktionsweise die natürlichen Bedingungen für die Grenzbestimmung der Staaten sein mögen, *ein* natürliches Bedürfnis hat jeder moderne Staat: das des *Zuganges zum Weltmeer*. Dieses Bedürfnis bestand nicht für den feudalen Staat, es wird dringend für einen kapitalistischen Staat, für den die Teilnahme am Welthandel kein Luxus, sondern eine Lebensfrage ist. Das Weltmeer bildet, wenigstens im Frieden, die freie Straße aller Nationen, die keine der anderen absperrt. Dagegen bleibt ein Staat, der nicht ans Meer grenzt, stets abhängig, auch im Frieden, von der Verkehrspolitik seiner Nachbarn, nicht bloß von ihrer Zollpolitik, sondern auch von ihrer Verkehrspolitik, von der Art der Anlage ihrer Eisenbahnen und Kanäle, von ihren Frachtraten usw. Diese Abhängigkeit kann für sein ökonomisches Leben oft geradezu mörderisch werden. Manche Nationalität wird es schon aus diesem Grunde vorziehen, in einem großen Nationalitätenstaat zu wohnen, in dem sie freien Zugang zum Meere hat, als sich einen eigenen Nationalstaat zu schaffen, der vom Meere abgeschlossen wäre. Andererseits wird ein Staat, auch wenn er ein Nationalstaat ist, nicht davor zurückschrecken, ein Gebiet zu besetzen, das von einer fremden Nationalität besetzt ist, wenn er nur auf diese Weise Zugang zum Meere erhält. Und erst recht wird ein

Staat, der bereits einen Seehafen und nur den einen besitzt, ihn mit allen Mitteln verteidigen, selbst wenn das nur durch Verletzung des Nationalitätsprinzips möglich ist.

Auch vom Standpunkt internationaler Demokratie wird man in einem solchen Falle nicht für die einzelne Hafenstadt das Prinzip der Selbstbestimmung angebracht sehen. Das Ganze ist wichtiger als der Teil, und es geht nicht an, daß das ökonomische Leben zahlreicher Millionen eingeschnürt wird um der nationalen Wünsche einiger Tausende willen.

Zu diesen natürlichen Hindernissen der Herstellung eines Nationalstaats gesellen sich, wie schon bemerkt, noch historische, traditionelle. Sie sind ebenso wie jene zu beachten und in Einzelfällen zu studieren, obwohl auch sie, ebenso wie die meisten natürlichen, im Laufe der kapitalistischen Entwicklung die Tendenz haben, überwunden zu werden. Doch sind leider die Traditionen mächtiger und tiefer gewurzelt, als wir Revolutionäre geneigt sind, anzunehmen, und sie haben uns schon manche unangenehme Überraschung bereitet.

Unter den Faktoren, die unabhängig von der Nationalität, das heißt der Sprachgemeinschaft, Völker trennen und vereinigen, ehe die moderne Nationalität aufkommt, spielt namentlich die Religion eine große Rolle. Sie war bis vor kurzem noch in Osteuropa, ist noch im Orient mächtiger als die Nationalität, spielt aber auch in Westeuropa hie und da noch eine Rolle.

In der Zeit nach der Auflösung der alten, auf Blutbanden beruhenden Stammesorganisation wird, ehe der wachsende Verkehr die modernen Nationalitäten schafft, die kirchliche Organisation das mächtigste Band, das die Volksmassen zusammenhält, ein Band, viel dauerhafter als die staatlichen Organisationen, die in jenem Zwischenstadium meist recht lockerer und vergänglicher Natur sind. Wo ein fremder Eroberer eindringt und die einheimische Bevölkerung unterjocht, bleibt dieser oft nur die kirchliche Organisation als Halt übrig, ohne den sie völlig widerstandslos würde, an dem sie daher mit äußerster Zähigkeit, nicht selten mit wildestem Fanatismus festhält, der gleichem Fanatismus der über den Widerstand erbosten Eroberer begegnet.

Unter bestimmten historischen Bedingungen, die allerdings heute eine gewisse Rückständigkeit bedeuten, kann die Religion ein starkes Bindemittel in einem Nationalitätenstaat bilden. So beruht der Nationalitätenstaat der Habsburger nicht zum wenigsten auf der Kraft der katholischen Kirche, der vier Fünftel seiner Bevölkerung angehören.

Anderer Art ist ein Band des Nationalitätenstaats, das nicht der Rückständigkeit entspringt. Dort, wo er seinen Einwohnern Vorteile bietet, die sie bei den Nachbarn nicht finden, werden seine Bewohner ihm anhängen, auch wenn der Nachbar ein Nationalstaat der eigenen Nation ist. Demokratie und Milizsystem halten Franzosen, Deutsche, Italiener in der Schweiz zusammen und lassen dort keinerlei Irredenta aufkommen.

Daneben kann es freilich Vorteile im Nationalitätenstaat geben, die nur einer Nation zuteil werden, nur für die Mitglieder dieser Nation ein Motiv werden, den gegebenen Staat einem Nationalstaat vorzuziehen.

In Österreich zum Beispiel kommt eine deutsche Irredenta, ein Sehnen der Deutschen nach staatlicher Vereinigung mit den Nationsgenossen im Reiche nicht auf, wenn die Deutschen das Gefühl haben, daß sie die herr-

schende Nation im Staate sind. Dagegen konnte jenes Sehnen sehr stark anwachsen in Zeiten, die eine Vorherrschaft des Slawentums zu bringen schienen. Umgekehrt bei den Tschechen. In einem slawisch orientierten Österreich sind sie die wärmsten Anhänger des Nationalitätenstaats. Der Gedanke eines nationalen Staates findet bei ihnen Anhang nur dann, wenn der Nationalitätenstaat vom Deutschtum beherrscht erscheint.

Alle diese Faktoren: Zerrissenheit des Sprachgebiets, Sprachinseln, Mischung der Sprachen in den Grenzgebieten der Nationalitäten; Unterschied von Sprachgrenzen und natürlichen Grenzen, Notwendigkeit freien Zuganges zum Weltmeer, historisch gegebene Bedingungen der Religion und der Politik — alle diese Faktoren können der Tendenz nach Durchsetzung des Nationalstaats in manchen Gegenden und zu manchen Zeiten schwere Hindernisse innerhalb der Bevölkerung selbst bereiten. Das Streben nach nationaler Selbständigkeit, das mit dem modernen Verkehr und der damit erstehenden modernen Demokratie eng verbunden ist, wird dadurch nicht abgeschwächt, aber es nimmt nicht überall die Form des Strebens nach dem Nationalstaat an.

Es wäre unsinnig, dem modernen nationalen Drang in der Form Rechnung tragen zu wollen, daß man eine Sprachenkarte Europas hernimmt und beschließt, die dort verzeichneten Sprachgebiete seien in ebenso viele Nationalstaaten zu verwandeln. Ganz abgesehen von den äußeren Hindernissen, die in den überlieferten Machtverhältnissen der Staaten gegeben sind, würde ein derartiger Beschluß auf den Protest gar mancher der Nationalitäten selbst stoßen, die in dieser Weise befreit werden sollten, oder wenigstens auf den Protest einzelner ihrer Gebiete oder Klassen.

Die internationale Sozialdemokratie kann daher aus dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker nicht die Konsequenz ziehen, daß der Nationalstaat die einzige Form ist, sie zu verwirklichen. Nicht nur in der praktischen Verwirklichung, sondern auch als Programmpunkt läßt sich für bestimmte Verhältnisse neben dem Nationalstaat die bloße nationale Autonomie im Rahmen eines Nationalitätenstaats nicht umgehen. Und auf der anderen Seite wird man mindestens für lange hinaus auch in manchen Nationalstaaten mit Sprachinseln, mit nationalen Minoritäten zu tun haben, die gegen nationale Vergewaltigung zu schützen sind, das heißt dagegen, daß sie gewaltsam an dem Gebrauch der Sprache behindert werden, die sie beherrschen, oder daß sie durch die Zugehörigkeit zu ihrer Sprachgemeinschaft minderen Rechtes im Staate werden.

Dagegen wäre es ein höchst reaktionäres Beginnen, die nationalen Minoritäten durch künstliche Mittel vor allen ökonomischen und sozialen Faktoren behüten zu wollen, die von selbst, durch die bloße Macht der Tatsachen die nationale Assimilation der Minoritäten an ihre Umgebung herbeiführen.

Wir müssen gegen die Vergewaltigung der nationalen Minoritäten auftreten, weil wir uns als Sozialisten und Demokraten gegen jede Vergewaltigung einer Volksschicht im Staate und in der Gesellschaft wenden müssen, wie wir zum Beispiel auch jede Vergewaltigung einer Religionsgemeinschaft ablehnen. Aber so wenig wir dadurch verhindern wollen, daß die Religion ihren Halt im Volksbewußtsein verliert und verschwindet, so wenig wollen wir verhindern, daß sprachliche Verschiedenheiten aufhören, die zwei Völker

trennen. Nicht aus Interesse für die Nationalität, sondern nur aus Interesse für die Demokratie sind wir gegen jede Vergewaltigung nationaler Minderheiten.

6. Otto Bauers Theorie der Nationalität.

Der Gedanke, daß unser Interesse für die Nationalität nur so weit reicht, als die Wahrung der nationalen Rechte zusammenhängt mit der Wahrung der Demokratie, wird Anfechtung nicht bloß bei den Nationalisten erfahren. Bis in die Reihen der internationalen Sozialdemokratie hinein reicht die Überzeugung, die Nationalität sei das höchste gesellschaftliche Heiligtum, dem jeder unverbrüchliche Treue schulde. Seiner Nationalität untreu zu werden, sei nicht minder verächtlich und verwerflich, als sich von Vater und Mutter lossagen. Die Internationalität erkenne wohl die Gleichberechtigung, ja Solidarität der Nationalitäten oder wenigstens ihrer arbeitenden Klassen an, keineswegs aber Gleichgültigkeit gegen die Zugehörigkeit eines jeden zu seiner Nation.

Diese Ablehnung der nationalen Assimilierung glaubt in den Anschauungen eines unserer bedeutendsten Marxisten eine Stütze zu finden, in Anschauungen, die Otto Bauer in seinem Buche über »Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie« (Wien 1907) geäußert hat. Das Buch ist hervorragend wie alles, was Bauer schreibt, niemand kann an ihm vorbeigehen, der sich über die Frage der Nationalitäten unterrichten will. Namentlich über die nationalen Fragen Österreichs bietet es reiche Belehrung. Aber seinem Ausgangspunkt kann ich nicht zustimmen. Ich habe meine Bedenken gleich nach dem Erscheinen des Buches in meiner Besprechung ausgeführt (»Nationalität und Internationalität«, 1. Ergänzungsheft zur Neuen Zeit, 18. Januar 1908). Angesichts der Bedeutung, die bei der Formulierung der Kriegsziele der Begriff der Nationalität und die Auffassung der Nationalitätenpolitik für die Sozialdemokratie erhält, muß ich hier nochmals darauf zurückkommen, ehe ich meine grundsätzlichen Darlegungen der Selbstbestimmung der Nationen schließe.

Ich fasse die Nationalität als Sprachgemeinschaft auf, und zwar die moderne Nationalität als eine durch den modernen Verkehr erzeugte Gemeinschaft einer Schriftsprache. Die Bedeutung der Nationalität liegt für mich in der Bedeutung der Sprache der Volksmasse für das gesellschaftliche, also auch das politische Leben, im besonderen für die Demokratie.

Bauer lehnt es ab, die Nationalität als Sprachgemeinschaft zu betrachten. Aber seine Berufung auf Engländer und Iren oder Kroaten und Serben, die die gleiche Sprache sprechen und sich doch als verschiedene Völker fühlen, ist nicht beweiskräftig. Hier wie dort liegen historisch überlieferte Trennungsgründe vor, die es erschweren, daß die Sprachgemeinschaft sich als nationale Gemeinschaft äußert. Je mehr diese alten Traditionen schwinden, desto mehr wird die Sprachgemeinschaft als nationale Gemeinschaft empfunden werden. Wir werden darüber ein andermal noch im besonderen handeln, ebenso wie von den Juden, auf die sich Bauer auch beruft, die ein Volk seien, obwohl sie keine Sprachgemeinschaft bilden. Er sagt nicht, sie seien eine moderne Nationalität. Sein Ausgangspunkt ist eben ein von

dem meinen total verschiedener. Er sucht nicht nach dem Begriff der modernen Nationalität, sondern nach der Nation überhaupt.

Für Bauer ist die Nation »aus Schicksalsgemeinschaft erwachsende Charaktergemeinschaft« (S. 113). Als solche ist sie für ihn auch eine Kulturgemeinschaft. Jede Nation repräsentiert eine besondere Kultur. Kulturmensch wird man nur durch Aufstieg in die »nationale Kulturgemeinschaft«.

Die Arbeiterklasse weiß, daß sie, so groß die Erfolge ihres Kampfes auch sein mögen, in der kapitalistischen Gesellschaft doch nie in den vollen Besitz der nationalen Kultur gelangen kann. Erst die sozialistische Gesellschaft wird die nationale Kultur zum Besitz des ganzen Volkes und dadurch das ganze Volk zur Nation machen. Darum ist alle evolutionistisch-nationale Politik notwendig sozialistische Politik. (S. 164.)

Was aber ist »evolutionistisch-nationale« Politik? Ihren Begriff zeigen folgende Ausführungen:

Planmäßiges Zusammenwirken zu dem Zwecke, daß das ganze Volk an der nationalen Kulturgemeinschaft Anteil habe, durch die nationale Kultur bestimmt und so zu einer nationalen Charaktergemeinschaft verknüpft werde, darf wohl auch nationale Politik heißen. Um sie von der konservativ-nationalen Politik zu unterscheiden (die die überlieferte Eigenart der Nation unverändert erhalten will), nenne ich sie die evolutionistisch-nationale Politik. Sie darf evolutionistisch heißen, denn sie bricht mit der Vorstellung, unveränderte Erhaltung der geschichtlich entstandenen Eigenart der Nation sei unsere Aufgabe; sie stellt dieser unrichtigen Vorstellung die der Entwicklung, der Evolution des Nationalcharakters gegenüber. (S. 160.)

Diese Entwicklung bedeutet aber nach Bauers Ansicht keineswegs gesteigerte Annäherung der Eigenart der verschiedenen Nationen, sondern vielmehr das Gegenteil.

Die Tatsache, daß der Sozialismus die Nation autonom, ihr Geschick zum Erzeugnis ihres bewußten Willens macht, bewirkt nun aber steigende Differenzierung der Nationen in der sozialistischen Gesellschaft, schärfere Ausprägung ihrer Eigenart, schärfere Scheidung ihrer Charaktere voneinander. (S. 105.)

Heranziehung des gesamten Volkes zur nationalen Kulturgemeinschaft, Eroberung voller Selbstbestimmung durch die Nation, steigende Differenzierung der Nationen — das bedeutet der Sozialismus. (S. 108.)

So ist bei Bauer der Sozialismus mit der schärfsten Betonung der Nationalität aufs engste verbunden. Daraus werden manche Konsequenzen gezogen, die Bauer selbst ablehnen würde, die aber nicht im Widerspruch zu diesen Gedankengängen stehen, wenn man sie wörtlich nimmt.

Betrachten wir zunächst den zweiten der drei Punkte, die nach der hier gegebenen Definition Bauers der Sozialismus bedeutet: »Eroberung voller Selbstbestimmung durch die Nation«.

Der Sozialismus gibt der Nation die Autonomie, die Selbstbestimmung über die Weiterentwicklung der Kultur. (S. 103.)

Dies soll dadurch geschehen, daß die Regelung des Wirtschaftslebens im Sozialismus

zur bewußten Tat der organisierten Gesellschaft wird.... Die Einwirkung auf den Charakter der Nation, die Bestimmung der Wandlungen dieses Charakters nimmt die Gesellschaft wieder an sich, die künftige Geschichte des Volkes wird zum Erzeugnis seines bewußten Willens. So wird die Nation der Zukunft vermögen,

was die Nation in der warenproduzierenden Gesellschaft niemals vermag: sich selbst erziehen, ihr Schicksal selbst zimmern. (S. 105.)

Hier wird die Nationalität nur dadurch mit dem Sozialismus in einen notwendigen Zusammenhang gebracht, daß sie als gleichbedeutend mit der Gesellschaft angesehen wird. Tatsächlich ist sie aber nur ein Teil der modernen Gesellschaft. Nun verfügt freilich bisher die Gesellschaft als solche über keine Organe, deren sich das Proletariat bemächtigen und den Zwecken der sozialistischen Produktion dienstbar machen könnte. Aber der Nationalität fehlen solche Organe nicht minder. Die Staatsgewalt ist die große Macht, die allein die Kraft besitzt, an Stelle kapitalistischer gesellschaftliche Produktion zu setzen. Was Bauer hier von der Nation sagt, gilt also vom Staat, der keineswegs gleichbedeutend ist mit der Nationalität. Der einzelne Staat wird dabei jedoch keineswegs ganz nach seinem Gutdünken verfahren können. Die Weltwirtschaft hat die einzelnen Staaten in engste ökonomische Abhängigkeit voneinander gebracht. Wer noch daran gezweifelt haben sollte, dem paukt es jetzt der Weltkrieg aufs nachdrücklichste ein. Der wechselseitigen ökonomischen entspricht auch eine politische Abhängigkeit. Ein Ereignis wie die Gewinnung der politischen Macht durch das Proletariat kann nicht in einem Staate vor sich gehen, ohne daß die gesamte Staatenwelt der modernen Kultur in größte Unruhe gerät und dem Beispiel folgt, wenn es glückt. Schon 1848 war die Revolution eine internationale Erscheinung. Andererseits ist heute schon der Klassenkampf des Proletariats erfolgreich nur noch zu führen auf internationaler Basis. Mit Notwendigkeit erzeugt er internationale Organisationen, und diese werden an Kraft und Festigkeit noch bedeutend zunehmen, bis das Proletariat zum Siege gelangt.

So wird die sozialistische Organisierung der Produktion, wenn sie auch von der Gewalt des einzelnen Staates ihren Ausgang nimmt, doch von vornherein einen internationalen Charakter tragen. Sie wird als »bewußte Tat der organisierten Gesellschaft« nicht die eines isolierten Staates, geschweige denn einer isolierten Nationalität sein, sondern die Tat der Vereinigten Staaten der Kulturwelt. Insofern wird der Sozialismus der Souveränität der einzelnen Staaten und ebenso der »vollen Selbstbestimmung der Nationen« ein Ende machen. Wir fordern diese Selbstbestimmung gegenüber den die Völker beherrschenden Machthabern und ebenso für das Verhältnis einer einzelnen Nation gegenüber einer anderen. Der Sozialismus muß wie die Gleichberechtigung der Individuen, so die der Völker fordern, und wie er die Knechtung und Ausbeutung eines Individuums durch ein anderes Individuum bekämpft, muß er ebenso Knechtung und Ausbeutung einer Nation durch eine andere bekämpfen. Aber das besagt keineswegs, daß er die völlige Selbstbestimmung des Individuums gegenüber der Gesellschaft proklamiert. Und das gleiche gilt von der Nationalität.

Was Bauer in dem hier erörterten Zusammenhang von dieser sagt, gilt nicht von ihr, sondern teils von der Gesellschaft, teils vom Staat.

Wirkt dies schon befremdend, so noch mehr Bauers Beweisführung für den dritten der drei Punkte seiner Darstellung der Folgen des Sozialismus für die Nation: die steigende Differenzierung, das heißt Verschiedenheit der Nationen. Er meint selbst, daß diese Auffassung überraschend wirken wird. In der Tat ist doch die Annahme allgemein, daß der wachsende Verkehr der

Völker untereinander ihre Eigenart immer mehr abschleift. Diese Tatsache wird schon seit langem an allen Ecken und Enden des dem Weltmarkt erschlossenen Gebiets der Erde konstatiert, nicht immer mit Vergnügen, öfter mit Verdruß und Besorgnis, weil die Welt immer eintöniger werde. Und Bauer selbst gibt denn auch zu:

Daß der materielle Kulturinhalt der verschiedenen nationalen Kulturen in der sozialistischen Gesellschaft ausgeglichen werden wird, ist gewiß.... Der moderne Kapitalismus hat die Nationen gelehrt, voneinander zu lernen; jeder technische Fortschritt wird in wenigen Jahren Eigentum der ganzen Welt, jede Veränderung des Rechtes wird von den Nachbarvölkern studiert und nachgeahmt, jede Strömung der Wissenschaft, der Kunst beeinflußt die Kulturvölker der ganzen Welt. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der Sozialismus diese kosmopolitische Tendenz unserer Kultur ungeheuer steigern wird.

Aber woher dann die steigende Differenzierung der Nationen? Sie soll für das geistige Sein der Völker gelten, für die geistige Kultur, die also einen ganz anderen Weg einschlüge als die materielle Kultur.

Es bedürfte eines sehr starken Beweises, um uns von der Richtigkeit dieser dem Augenschein ebenso wie unserem theoretischen Denken schroff widersprechenden Annahme zu überzeugen.

Seinen Beweis zieht Bauer aus dem konservativen Charakter der Engländer. Eine der Ursachen dieses Charakters sieht er in der »alten englischen Demokratie«. Im Gegensatz zum Absolutismus sei die Demokratie konservativ:

Ein Despot vermag in kurzer Frist neuen Gedanken in seinem Lande Raum zu schaffen; seine Laune von heute ist morgen Mode in allen Schlössern des Landes, sein Wille von heute morgen im ganzen Lande Gesetz. Ganz anders die Demokratie. Das Neue vermag ein demokratisches Land nur zu erobern, indem es jeden einzelnen Staatsbürger gewinnt, von jedem angeeignet, von jedem erworben wird; nur durch den Willen von Millionen einzelner wird es zum Gesamtwillen des Landes — gewiß ein viel langsamerer Weg des Fortschritts, aber auch ein unvergleichlich sicherer....

Das soll natürlich erst recht für den Sozialismus gelten.

Neue Gedanken werden in keiner anderen Weise sich eine sozialistische Gesellschaft erobern können, als indem sie jeden einzelnen der durch die sozialistische Nationalerziehung zu hochentwickelten, im Vollbesitz der nationalen Kultur stehenden Persönlichkeiten erzogenen Volksgenossen sich zu erobern suchen. Das bedeutet aber nun, daß kein neuer Gedanke einfach angenommen werden kann, sondern daß er aufgenommen, dem ganzen geistigen Sein von Millionen Individuen einverleibt, angepaßt werden muß. Wie kein Individuum das Neue einfach mechanisch seinem geistigen Sein angliedert, sondern sich einverleibt, seiner Persönlichkeit eingliedert, es geistig verdaut, apperzipiert, so wird auch die ganze Nation kein Neues einfach übernehmen, sondern es, indem sie es aufnimmt, verarbeiten, ihrem Sein anpassen, in dem Prozeß der Aufnahme durch Millionen Köpfe verändern. Durch diese große Tatsache der nationalen Apperzeption wird jeder Gedanke, den eine Nation von der anderen übernimmt, dem ganzen Sinne der Nation immer erst angepaßt, von ihr erst verändert werden müssen, ehe er aufgenommen wird.... Darum bedeutet die Autonomie der nationalen Kulturgemeinschaft im Sozialismus notwendig, trotz der Ausgleichung der materiellen Kulturinhalte doch steigende Differenzierung der geistigen Kultur der Nationen. (S. 106 bis 108.)

Nehmen wir einstweilen an, die Wirkung der Demokratie und des Sozialismus wäre hier ganz einwandfrei dargestellt, so folgte daraus noch

immer nicht die Notwendigkeit »steigender Differenzierung der geistigen Kultur der Nationen«. Es würde sich höchstens herausstellen, daß im Sozialismus die aus dem steigenden Verkehr hervorgehende Ausgleichung der nationalen Verschiedenheiten verlangsamt wird, daß dieser Prozeß langsamer vor sich gehen wird als in der heutigen Gesellschaft. Das ist aber doch etwas anderes, als daß er die entgegengesetzte Richtung einschlagen muß. Daß jeder fremde Gedanke nur der nationalen Eigenart entsprechend aufgenommen und verarbeitet wird, bedeutet doch nicht, daß sich diese Eigenart in einem Sinne weiterentwickelt, der sie von der Art der anderen Nationen immer mehr entfernt. Aus dem konservativen Charakter der Demokratie und des Sozialismus (in der sozialistischen Gesellschaft, nicht heute, wo sie revolutionäre Prinzipien darstellen) würde doch nur die Konservierung, keineswegs die Differenzierung der nationalen Eigenart in der geistigen Kultur folgen.

Warum soll aber die Demokratie gerade besonders konservativ sein? Bauer führt einen einzigen Beleg dafür vor: England mit seiner alten Demokratie. Aber war denn England immer in seinem Denken konservativ? Bis zur Reformation unterscheidet es sich in dieser Beziehung nicht von anderen Ländern. Zur Zeit der Reformation und auch noch der Cromwellschen Revolution wird es an kühnem Neuerungsgeist von keinem anderen Volke übertroffen. Sein konservativer Charakter kann also nicht von seiner »alten Demokratie« herrühren, sondern von besonderen neueren Ursachen. Ich suche sie gerade darin, daß England durch eine Reihe Bedingungen, die hier nicht näher erörtert werden können, früher zu seiner bürgerlichen Revolution kam als die anderen Staaten, ehe noch Kirche und Feudalismus völlig abgewirtschaftet hatten. Daher war die Revolution nicht durchgreifend, sie lief auf einen Kompromiß hinaus, und der Kompromiß ist seitdem die Regel der englischen Politik geworden. Dabei stieg aber auch die Bourgeoisie in die Reihe der herrschenden und damit der konservativen Klassen bereits zu einer Zeit auf, als feudale und kirchliche Denkformen noch die Gemüter beherrschten.

Für den konservativen Charakter der Demokratie beweist England nicht das mindeste.

Nun sucht Bauer freilich auch eine theoretische Erklärung dafür zu geben, warum die Demokratie konservativ ist und sein muß. Hier kommen wir zum erstaunlichsten Teil der ganzen erstaunlichen Beweisführung. Bauers Worte seien nochmals wiederholt:

> Ein Despot vermag in kurzer Frist neuen Gedanken in seinem Lande Raum zu schaffen; seine Laune von heute ist morgen Mode in allen Schlössern des Landes, sein Wille von heute morgen im ganzen Lande Gesetz. Ganz anders die Demokratie. Das Neue vermag ein demokratisches Land nur zu erobern, indem es jeden einzelnen Staatsbürger gewinnt, von jedem angeeignet, von jedem erworben wird; nur durch den Willen von Millionen einzelner wird es zum Gesamtwillen des Landes — gewiß, ein viel langsamerer Weg des Fortschritts.

Nein, das ist keineswegs gewiß. Viel langsamer wäre der demokratische Weg freilich, wenn das Neue an einen nach dem anderen unter den vielen Millionen heranträte und sich erst dann durchsetzte, wenn es beim letzten angelangt ist. Wäre das der Fall, dann müßte sich auch ein Land um so fortschrittlicher erweisen, je kleiner es ist, San Marino mit seinen

11 000 Einwohnern dem Fortschritt weit leichter zugänglich sein als die Vereinigten Staaten mit ihren 100 Millionen. Aber das Neue tritt doch in der Demokratie an alle Staatsbürger gleichzeitig heran, nichts schließt aus, daß sie insgesamt davon ebenso schnell ergriffen werden wie der einzelne Despot. Ob und inwieweit das Neue jeden einzelnen ergreift, den Despoten wie den Bürger der Demokratie, hängt von den Bedingungen ab, in denen sie leben, der Ausbildung, die sie erhalten, den Mitteln ihrer Information und nicht zum mindesten davon, inwieweit ihre Interessen — persönliche und Klasseninteressen — ihnen das Neue willkommen oder verdächtig, wenn nicht gar unheilvoll erscheinen lassen. Eine bäuerliche Demokratie wird sich dem Neuen gegenüber ganz anders verhalten als eine des industriellen Proletariats. Andererseits mag der Despot weit williger als die Demokratie die Idee einer neuen Steuer aufnehmen, dagegen für die Idee einer parlamentarischen Verfassung nur taube Ohren haben, und wenn sie ihm noch so lange gepredigt wird, während sich die Demokratie diese neue Idee rapide zu eigen macht.

Es ist also nicht im geringsten einzusehen, warum die Demokratie von vornherein mehr konservativer Natur sein soll als die Despotie.

Bauers Beweisführung wird nicht verbessert dadurch, daß er zwei Dinge einander gleichsetzt, die streng voneinander getrennt werden müssen. Es handelt sich hier um die nationale *geistige Kultur*. Bauer spricht aber in einem Atem von dem *Willen*, der im Lande *Gesetz* wird. Daran ist nun nicht zu zweifeln, die *Gesetzgebung* ist in einem despotisch regierten Staate ein viel einfacherer Akt als in der Demokratie. Im ersteren kann jede fürstliche Laune sofort Gesetz werden, aber wird damit auch jede fürstliche Laune bestimmend für die geistige Kultur des Volkes? Das wird Bauer als guter Marxist sicher nicht behaupten wollen. Er hilft sich durch den Hinweis, daß die fürstliche Laune von heute morgen Mode in allen Schlössern des Landes wird. Aber die Schlösser sind nicht die Nation, und die Mode ist nicht die geistige Kultur, sondern höchstens ihr äußerlichster Firnis. Und dann bleibt das fürstliche Individuum nicht ausgenommen von dem Gesetz, das für jedes Individuum gilt, daß das Milieu, die Umgebung es bestimmt. Der Despot mag sich einbilden, die Mode der Schlösser sei das Produkt seiner Laune. Der genaue Beobachter wird finden, daß diese Laune das Produkt der Mode der Schlösser ist, wenigstens in allen den Fällen, in denen zwischen den Schlössern und dem Monarchen eine enge Beziehung besteht. Und wo sie fehlt, wo sie einander ignorieren oder befehden, bestimmt auch nicht die Laune des einen die Mode der anderen. Gehen wir aber über die Mode der Schlösser hinaus zur wirklichen geistigen Kultur der Nation, so gibt es für sie unter allen Umständen, ob Despotie, ob Demokratie, nur den einen Weg, sie mit neuen Ideen zu erfüllen, und der ist der, daß solche Ideen jedes einzelne Mitglied der Nation gewinnen, von jedem angeeignet, von jedem erworben werden. Die Despotie unterscheidet sich insoweit nicht im geringsten von der Demokratie, wohl aber darin, daß sie den Zugang neuer Ideen zur Nation erschwert und dadurch hemmend, konservativ wirkt.

Freilich muß auch die Despotie in der kapitalistischen Gesellschaft den Verkehr entwickeln, will sie nicht den Staat ökonomisch ruinieren und militärisch kampfunfähig machen. Ob Despotie oder Demokratie, je reger der Verkehr, desto stärker das Aufeinanderwirken der Nationen, desto mehr

nähern sie sich einander nicht nur in materieller, sondern auch geistiger Kultur.

Bauer hätte den stärksten Beweis erbringen müssen, um die Gültigkeit dieser allgemeinen Beobachtung zu erschüttern. In Wirklichkeit ist seine Beweisführung in diesem Punkte auffallend schwach, im Gegensatz zu dem größten Teil seines Buches.

Aber so schwach seine Beweise sind, was man wünscht, das glaubt man gern, und so hat die Anschauung von der fortschreitenden Differenzierung der Nationen bei nationalistisch gesinnten Sozialisten rasch Eingang gefunden. David verficht die gleiche Ansicht in seinem Buche über »Die Sozialdemokratie im Weltkrieg«, Berlin 1915, S. 190. Sie bildet eine schwere Gefahr für das internationale Denken. In der Tat, wenn die Nationen sich in der Zukunft immer mehr differenzieren, immer schärfer scheiden werden, widerspricht da nicht die Abschleifung ihrer Eigenart und gar die Assimilierung von Nationsteilen dem Gange der gesellschaftlichen Entwicklung?

Und wenn der Sozialismus gleichbedeutend ist mit voller Selbstbestimmung der Nationen, und wenn für die Volksmasse die Kultur nur erreichbar ist als n a t i o n a l e Kultur, muß da nicht die Nationalität das Zentrum des sozialistischen Interesses bilden?

Erinnern wir uns des Bauerschen Satzes:

Heranziehung des gesamten Volkes zur nationalen Kulturgemeinschaft, Eroberung voller Selbstbestimmung durch die Nation, steigende Differenzierung der Nationen — das bedeutet der Sozialismus.

Von der vollen Selbstbestimmung und der steigenden Differenzierung der Nationen haben wir bereits gehandelt. Wie steht's nun mit der nationalen Kulturgemeinschaft?

7. Nationalität und Kultur.

Wir haben bereits gesehen, daß für Otto Bauer die Nationalität nicht eine Sprachgemeinschaft ist, sondern eine aus Schicksalsgemeinschaft erwachsende Charaktergemeinschaft und Kulturgemeinschaft.

Aus der Schicksalsgemeinschaft wird bei ihm ohne weiteres eine Charaktergemeinschaft. Allerdings eine Charaktergemeinschaft eigener Art. Eine andere Charaktergemeinschaft, sagt er, ist die Klasse. Jede Klasse hat ihre besondere Eigenart, die in den verschiedensten Ländern die gleiche ist, sie von anderen Klassen sondert. Sie beruht auf der G l e i c h a r t i g k e i t, nicht der G e m e i n s a m k e i t des Schicksals. Die englischen und die deutschen Arbeiter befinden sich in gleicher Klassenlage, aber sie haben keine Schicksalsgemeinschaft, denn sie verkehren nicht miteinander, weil sie verschiedene Sprachen sprechen. Die englischen Arbeiter und die englischen Kapitalisten dagegen sprechen die gleiche Sprache und können dadurch miteinander verkehren.

Dies also, daß zwischen den Gliedern einer Nation eine Verkehrsgemeinschaft besteht, eine stete Wechselwirkung im mittelbaren und unmittelbaren Verkehr miteinander, das scheidet die Nation von der Charaktergemeinschaft der Klasse. (S. 113.)

Einige Seiten weiter heißt es:

Das Kind unterliegt den wirkenden Einflüssen der bestehenden Gesellschaft, in deren Wirtschaftsleben, in deren Recht, in deren Geisteskultur es hineingeboren wird. Auch hier aber erhält nur die fortwährende Verkehrsgemeinschaft die Gemeinschaft des Charakters. Das große Werkzeug dieses Verkehrs ist die Sprache: sie ist das Werkzeug der Erziehung, das Werkzeug alles wirtschaftlichen und alles geistigen Verkehrs. Soweit die Verständigungsmöglichkeit durch die Sprache reicht, reicht der Wirkungsbereich der Kultur. Nur so weit die Gemeinsamkeit der Sprache reicht, ist diese Verkehrsgemeinschaft eine enge. Verkehrsgemeinschaft und Sprache bedingen einander wechselseitig. (S. 115.)

Hier ist Bauer auf dem besten Wege, die Nationalität als Sprachgemeinschaft zu erkennen. Aber er verfolgt diese Spur nicht weiter, sondern wird von ihr abgelenkt durch das Suchen nach der nationalen Charaktergemeinschaft.

Deren angebliche Quelle, die Schicksalsgemeinschaft, hat sich jetzt in Wahrheit als Verkehrsgemeinschaft entpuppt. Aus einer solchen braucht aber keineswegs eine Charaktergemeinschaft zu entspringen. Am allerwenigsten aus einem feindseligen Verkehr, wie es der Klassenkampf ist. Nicht aus der Gemeinschaft des Verkehrs, sondern aus der Gleichartigkeit der Bedingungen, unter denen sie leben, geht eine ständige, dauernde Übereinstimmung der Charaktere verschiedener Individuen hervor. Neben den Lebensbedingungen, die einer Klasse besonders eigentümlich sind, gibt es auch solche, die auf alle Klassen einer Gegend einwirken und ihren ständigen Bewohnern besondere Charaktermerkmale verleihen, die schließlich die Tendenz bekommen, sich zu vererben. Der ewig blaue Himmel Siziliens wirkt ebenso auf alle Bewohner dieser Insel, wie die Nebel und die endlosen Winternächte Norwegens dessen Bourgeois nicht minder beeinflussen wie dessen Arbeiter. Aber die aus solcher Gleichartigkeit der Lebensbedingungen hervorgehende Gleichartigkeit des Charakters wird höchstens bei kleinen Nationen, die auf ein kleines Gebiet beschränkt sind, als nationaler Charakter auftreten können. Sie ist vielmehr lokaler oder regionaler Art.

Das gleiche gilt von den nicht natürlichen, sondern historisch gewordenen dauernden Lebensbedingungen bestimmter Gegenden.

Bereits 1907 bemerkte ich in meiner Besprechung des Bauerschen Buches:

Wo eine ganze Nation unter den gleichen Bedingungen lebt, wird sie also einen Nationalcharakter entwickeln. Dagegen wird von einem solchen um so weniger die Rede sein können, je mannigfaltiger die Verhältnisse, unter denen die einzelnen Nationsgenossen leben, je verschiedener zum Beispiel die geographischen Bedingungen — Flachland und Hochgebirge, Binnenland und Seeküste — und je weiter getrieben die Arbeits- und Klassenteilung — Landwirtschaft und Industrie, Großstadt und Dorf, Gebildete und Ungebildete usw. —, je verschiedener endlich das Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung für die einzelnen Nationsteile ist, was etwa bewirkt, daß die einen noch in halbfeudalen Zuständen leben, die anderen schon eine hochentwickelte kapitalistische Produktionsweise aufweisen. (»Nationalität und Internationalität«, S. 5.)

Ich zeige dann die Verschiedenheit der Bedingungen, die in der deutschen Nation vorkommen, und frage:

Wo könnte da ein bestimmter Nationalcharakter bestehen, der die deutsche Nation von anderen unterschiede? Ist der Rheinländer sein Vertreter oder der Ober-

bayer? Der Holsteiner oder der Wiener? Bildet seinen Typus Faust oder Karl Moor? Bismarck oder Onkel Bräsig?

Diese Unfaßbarkeit des Nationalcharakters hat schon manchen Forscher in Verlegenheit gebracht. Amüsanten Ausdruck findet sie in Sombarts »Patriotischen Besinnungen«, betitelt »Händler und Helden«, einem Büchlein, dem unter den burlesken Leistungen unseres Professorentums der Kriegszeit die Palme gebührt.

Die Händler, das sind die Engländer, die Helden die Deutschen.

Sombart sucht den »deutschen Geist« zu definieren:

Wir wissen, daß Friedrich Nietzsche mit dem Besten, was er uns gesagt, heimatberechtigt ist in Potsdam und Weimar, die beide zusammen recht eigentlich des deutschen Geistes Heimstätten sind. (Sie liegen im Zentrum Deutschlands, dessen peripherische Enden durch Königsberg und Wien gebildet werden.)

Ist denn aber dieser deutsche Geist etwas Einheitliches, das man mit einem Worte bezeichnen kann? Die Aufzählung auch nur jener vier Städte, neben denen doch Wittenberg und Hamburg, Köln und München auch ihr Recht behaupten wollen, möchte den Versuch, deutsches Wesen eindeutig zu bestimmen, als aussichtslos erscheinen lassen.

»Wer will jemals in den Begriff oder in Worte fassen, was deutsch sei? Wer will ihn bei Namen nennen, den Genius unserer Jahrhunderte, der vergangenen und der künftigen? Es würde nur ein anderes Phantom werden, das uns nach anderen felsigen Wegen verführte,«

ruft Ranke einmal aus.

Die Deutschen »entschlüpfen der Definition und sind damit schon die Verzweiflung der Franzosen«, meint Nietzsche, der es als ein Kennzeichen der Deutschen ansah, daß bei ihnen die Frage: »Was ist deutsch?« niemals ausstirbt. Und vielleicht ist das einzige, was man an allem deutschen Wesen wiederfindet, das ewig Wechselnde, das immer Andersein, weshalb der Deutsche eigentlich nicht ist, sondern ewig wird, die unendliche Mannigfaltigkeit, der unerschöpfliche Reichtum an Einzelheit und Sonderheit, der »Abyssus von Individualität«, wie es im Überschwang der romantischen Sprache heißt. (S. 54, 55.)

Das erinnert etwas an die Definition, die Faust seinem Gretchen vom lieben Herrgott gibt:

Gefühl ist alles;
Name ist Schall und Rauch.

Und in der Tat spricht Sombart von den göttlichen Eigenschaften des Deutschen:

Es ist die lichteste Eigenart unseres deutschen Denkens, daß wir die Vereinigung mit der Gottheit schon auf Erden vollziehen. (S. 63.)

So sollen wir Deutschen in unserer Zeit durch die Welt gehen, stolz erhobenen Hauptes, in dem sicheren Gefühl, das Gottesvolk zu sein. So wie des Deutschen Vogel, der Aar, hoch über allem Getier dieser Erde schwebt, so soll der Deutsche sich erhaben fühlen über alles Gevölk, das ihn umgibt und das er unter sich in grenzenloser Tiefe erblickt. (S. 143.)

Das also ist »des Deutschen Vogel«. Trotz diesem Übermenschentum glaubt aber Sombart den Deutschen doch definieren zu können. Allerdings, was Weimar und Potsdam bedeuten, sagt er uns nicht. Bei allem Überschwang wird er nicht behaupten wollen, jeder Deutsche sei zur Hälfte ein Goethe, zur anderen Hälfte ein Friedrich II. Sicher ist, daß zu Goethes Zeit selbst auf der Weimarer Schaubühne nicht dieser herrschte, sondern Kotzebue.

Und in Potsdam sind die Korporale sicher häufiger als Geister vom Schlage Friedrichs II. Trotzdem wird Sombart nicht zugeben wollen, der Deutsche sei halb Kotzebuescher Kleinstädter, halb preußischer Korporal.

Zweierlei bezeichnet für ihn den deutschen Geist ganz unverkennbar: einmal »einmütige Ablehnung alles dessen, was auch nur von ferne englischem oder insgesamt westeuropäischem Denken und Empfinden nahe kommt« (S. 55).

Nun kann Sombart leider nicht leugnen, daß manche Deutschen anders denken und manche Engländer auch in Deutschland angesehen sind. Aber das kommt ganz einfach daher, daß entweder jene keine richtigen Deutschen oder diese keine richtigen Engländer sind.

Der zweite Charakterzug, der den deutschen Geist kennzeichnet, ist für Sombart der Militarismus.

Er lacht über die »wohlmeinenden Ausländer«, die Deutschland vom Militarismus befreien wollen:

Andere möchten uns von unserem Kaiser befreien ... als ob alle diese Einrichtungen etwas Äußerliches seien, das sich beim deutschen Volke befinde, wie eine Last auf einem Esel liegt. Während es doch zu begreifen gilt, daß alle äußere Erscheinung des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens die notwendigen Ausstrahlungen des Geistes sind, der ein Volk beseelt. (S. 83.)

Richtig definiert Sombart den Militarismus als »den Primat der militärischen Interessen im Lande. Alles, was sich auf militärische Dinge bezieht, hat bei uns den Vorrang.... Alle anderen Zweige des Volkslebens dienen dem Militärinteresse. Insbesondere auch ist das Wirtschaftsleben ihm untergeordnet.«

Das bezeichnet den »deutschen Geist«:

Was kann deutscher Militarismus anderes sein als der deutsche Geist, den wir kennengelernt haben? Es ist dieser deutsche Geist, so kann man es vielleicht ausdrücken, in seiner lebendigen Betätigung, in seiner Ausgestaltung zu äußeren Lebensformen.... Militarismus ist die Sichtbarwerdung des deutschen Heldentums.... Militarismus ist der zum kriegerischen Geiste hinaufgesteigerte heldische Geist. Er ist Potsdam und Weimar in höchster Vereinigung. Er ist »Faust« und »Zarathustra« und Beethovenpartitur in den Schützengräben. Denn auch die Eroica und die Egmontouvertüre sind doch wohl echtester Militarismus. (S. 84, 85.)

Wir haben einen kleinen Abstecher zu diesen sinnreichen »patriotischen Besinnungen« gemacht, weil wir denken, dies Zwischenspiel ist geeignet, den Ernst der Zeit etwas zu erheitern, nicht, weil wir daraus Aufklärung über den deutschen Nationalcharakter zu schöpfen glauben. Beachtenswert bleiben nur die zuerst aus dem Sombartschen Buche zitierten Worte. Sie bezeichnen gut die Unmöglichkeit, einen deutschen Nationalcharakter einwandfrei festzustellen, und weisen mit Recht darauf hin, daß alle besonderen Charaktermerkmale, die als deutsche betrachtet werden, in Wirklichkeit nur lokaler oder regionaler, nicht nationaler Art sind.

Und das gleiche läßt sich von jeder anderen Nation um so mehr sagen, je zahlreicher sie ist, je mannigfaltiger das Gebiet, das sie bewohnt, je weiter vorgeschritten ihre ökonomische Entwicklung im ganzen und je ungleichmäßiger die ihrer Teile. Was sie zusammenhält und von den anderen absondert, ist nicht ein gemeinsamer Nationalcharakter, sondern die Gemeinsamkeit der Sprache.

Wo Angehörige zweier verschiedenen Sprachstämme unter denselben Bedingungen nebeneinander wohnen, entwickeln beide die gleichen Charakterzüge. Otto Bauer bemerkt selbst, es sei »nicht ganz unrichtig, wenn man sagt, die Tschechen seien tschechisch sprechende Deutsche« (S. 118).

Gehört aber der Nationalcharakter zu den Phantomen, die in der Luft zerfließen, sobald man sie scharf ansieht, so teilt mit ihm die »nationale Kultur« das gleiche Schicksal. Wir haben ja gesehen, daß sich Bauer selbst des internationalen Charakters der modernen Kultur bewußt ist. Sie ist nicht nationale, sondern europäische Kultur, womit nicht gesagt sein soll, daß sie auf Europa beschränkt, sondern daß Europa ihr Ausgangspunkt ist, von dem aus sie nach allen Weltgegenden ausstrahlt. Das gilt nicht nur für die materielle, sondern auch für die geistige Kultur. Keine große Erfindung kann bei einer Nation gemacht, kein großer Gedanke in einer Sprache geäußert werden und Beachtung finden, ohne sofort allen Nationen der Kulturwelt in ihren Sprachen mitgeteilt zu werden. Nur Leistungen, die nicht von allgemeinem Interesse sind oder die wenig hervorragen, bleiben auf das Gebiet jener Nation und Sprache beschränkt, in der sie zutage traten. Nur sie könnte man als »nationale« Kultur betrachten. Sie bilden jedenfalls den weniger wichtigen Teil der modernen Kultur.

Otto Bauer faßt den Begriff der nationalen Kultur anders. Ihm ist sie der Inbegriff der gesamten Kultur, die in einer Nation zu finden ist; nicht nur des geringfügigen Teils, den sie allein besitzt, sondern auch die ungeheure Masse von Kulturgütern, die sie mit den anderen Kulturnationen gemein hat.

National wird diese gesamte Kultur nach seiner Anschauung durch die »nationale Apperzeption«, die wir schon kennengelernt haben. So wie jedes Individuum alles, was es von anderen lernt, nicht völlig unverändert in seinen Geist aufnimmt, sondern seiner angeborenen und erworbenen Geistesverfassung entsprechend verarbeitet und ihm so eine individuelle Färbung gibt, so soll eine Nationalität auch nach der Art des Individuums alles, was sie erlernt, ihrer Eigenart anpassen und so der internationalen Kultur eine nationale Färbung geben.

Das setzt jedoch voraus, daß die Nationalität ein Individuum mit bestimmtem Charakter ist. Ohne Nationalcharakter auch keine »nationale Apperzeption«.

Sicher wird derselbe Gedanke nicht nur von verschiedenen Individuen, sondern auch in verschiedenen Milieus verschieden verarbeitet werden. Aber nur bei kleinen, einfachen Nationen, die nicht mannigfache Milieus umfassen, wird die »kollektive Apperzeption« einen nationalen Charakter annehmen können.

Auch in ihrer Beziehung zur Kultur reduziert sich die Nationalität auf die Sprachgemeinschaft. Es gibt natürlich keinen anderen Weg zur Kultur als die Sprache, und zwar die Sprache, die man beherrscht. Als solche kommt bisher für die Masse der Menschen bloß die Sprache in Betracht, die sie in der Familie erlernt haben, die sie von Kindesbeinen an gebrauchen, durch die sie Angehörige einer bestimmten Nationalität werden. Je vollkommener die Kultureinrichtungen dieser Nationalität, je besser eingerichtet und leichter zugänglich ihre Schulen, je sachkundiger und gewissenhafter ihre Zeitungen, ihre Buchliteratur usw., um so höher wird die Kultur ihrer Volksmassen sein.

Das ist der Zusammenhang zwischen Nationalität und Kultur.

Damit ist aber keineswegs gesagt, daß die Muttersprache den einzigen Weg zur Kultur bildet, noch auch, daß jede Sprache dabei gleich weit führt und daß die Muttersprache immer den zweckmäßigsten Weg zum Vorwärtskommen in der Kultur darstellt, daß es daher Pflicht eines jeden sei, an ihrem Gebrauch und damit an seiner Nationalität festzuhalten.

Jede Sprache eines Volkes der europäischen Kulturgemeinschaft vermittelt uns die moderne Kultur. Freilich nicht jede in gleichem Umfang. Eine ökonomisch rückständige, vom Verkehr abgeschnittene kleine Nationalität wird denen, die bloß auf ihre Sprache angewiesen sind, nicht so viel von den Errungenschaften der modernen Kultur vermitteln können als eine ökonomisch fortgeschrittene Nationalität, die mitten im internationalen Verkehr drinsteht und eine zahlreiche Bevölkerung umfaßt.

Vergleichen wir zum Beispiel das slowenische Volk, das ungefähr 1 300 000 Köpfe zählt, fast ausschließlich Bauern, Kleinbürger und Proletarier, das eben erst angefangen hat, sich eine Literatur zu schaffen, nur über zwei Gymnasien und keine Universität verfügt, mit dem deutschen Volke, dessen Sprache von etwa 80 Millionen als Muttersprache gesprochen wird, mit Millionen Intellektueller, mit über 500 Gymnasien, 22 Universitäten mit fast 4000 Vortragenden und 60 000 Hörern, mit einer Literatur, Kunst, Wissenschaft, an der Jahrhunderte gearbeitet haben, und es wird ohne weiteres klar, daß man mit der Kenntnis des Deutschen sich einen unendlich weiteren Kulturkreis erschließt als mit der des Slowenischen. Niemand kommt in den Vollbesitz moderner Kultur mit seiner Muttersprache allein. Je rückständiger und kleiner das Volk, dem man entstammt, desto mehr bedeutet die Beschränkung auf die Muttersprache Beschränkung in der Kultur, in der Aufnahme der Kultur, aber auch in der Mitarbeit an ihr. Nicht das Festhalten an der Muttersprache, sondern das Überwinden der nationalen Beschränktheit durch Mehrsprachigkeit kann da zur Pflicht werden.

Andererseits aber steigt die Kulturhöhe der Volksmassen nicht nur dadurch, daß man sie in der Schule und der Literatur mit neuen Tatsachen und Ideen bekanntmacht. Sie steigt auch mit der ökonomischen und politischen Macht der Massen, mit den materiellen Mitteln und der Muße, über die sie verfügen. Beides muß zusammenwirken. Mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit bedeuten an sich noch wenig, wenn sie nicht zusammentreffen mit wachsendem wissenschaftlichen und künstlerischen Interesse und einer Erweiterung des Gesichtskreises. Und umgekehrt ist dieser kulturelle Aufstieg nicht möglich, solange Überarbeit und Hunger die Massen abstumpfen und für alle Bestrebungen, alle Genüsse, außer den nächstliegenden sinnlichen, unempfänglich machen.

Das bedeutet aber, daß der kulturelle Aufstieg des Proletariats nur möglich ist durch den Klassenkampf, und zwar nur durch jene Formen des Klassenkampfes, die nicht einen bloßen Lohnkampf, sondern einen Emanzipationskampf, einen Befreiungskampf für große soziale und politische Ziele darstellen.

Der ist nicht möglich ohne weitestgehende internationale Verständigung der Arbeiter. Sie wird um so leichter erreichbar sein, je verbreiteter die Mehrsprachigkeit unter ihnen, je mehr jeder, dem sich die Gelegenheit zum Erlernen einer fremden Sprache, namentlich einer Kultursprache bietet, diese Möglichkeit benutzt.

Am dringendsten und nächstliegenden ist aber die Notwendigkeit, daß die Arbeiter einer Gegend alle die gleiche Sprache sprechen, um sich untereinander verständigen zu können. Wenn Arbeiter unter eine fremdsprachige Bevölkerung versetzt werden und dort sich von dieser abschließen und auf ihre Muttersprache beschränken, versündigen sie sich schwer am proletarischen Klassenkampf.

Die Bedürfnisse des wachsenden internationalen geschäftlichen Verkehrs wie des internationalen Klassenkampfes und endlich die Zunahme der Wanderungen der Arbeiter — sowohl innerer Wanderungen wie völliger Auswanderung — lassen rasch die Zahl derjenigen anwachsen, die zwei oder mehr Sprachen beherrschen. Wer aber mehrere Sprachen spricht, bleibt nicht an die Nationalität gebunden, der er entsprang. Er kann sie nach Belieben wechseln.

So ist der Begriff der nationalen Kultur nicht einmal in dem Sinne richtig, als sei die moderne Kultur für jeden nur zu erreichen auf dem Wege seiner Muttersprache, als sei der einzelne auf Gedeih und Verderb an die Nationalität gebunden, in der er geboren ist, als könne er nur durch sie und mit ihr in der Kultur aufsteigen.

Und weit entfernt, daß dieser Aufstieg die Nationen differenziert, sie schärfer scheidet, nähert er sie einander immer mehr, schleift er ihre Eigenart ab und erleichtert ihre Assimilierung, namentlich für die Angehörigen kleiner und zurückgebliebener Nationalitäten. Wir haben diesen Prozeß schon im Nationalstaat beobachtet. Er gilt für den gesamten Bereich des kapitalistischen Verkehrs.

Die sozialistische Gesellschaft wird ihn nicht nur nicht hemmen, sondern vielmehr beschleunigen. Man kann heute schon nicht gebildet im vollsten Sinne des Wortes sein, wenn man nicht mehrere Kultursprachen beherrscht. Der Masse des Volkes ist noch die Gelegenheit zu höherer Bildung versagt. Der Sozialismus wird sie jedermann bringen und damit jedermann von der Beschränkung auf eine bestimmte Sprache und Nationalität befreien.

Er wird aber auch jeder nationalen Unterdrückungspolitik ein Ende machen.

8. Der Kampf der Nationalitäten und der Sozialismus.

Der Gegensatz der Nationalitäten im Nationalitätenstaat entspringt nicht etwa einem Gegensatz der Nationalcharaktere oder der nationalen Kulturen. Verschiedenheit bedeutet noch lange keinen Gegensatz.

Der nationale Gegensatz entspringt dem Kampf um den Markt und um die Staatsgewalt. Die Art, wie etwa die Tschechen die europäische Kultur »national apperzipieren«, ist den Deutschen in Böhmen sehr gleichgültig. Aber dem deutschen Journalisten in Reichenberg ist es nicht gleichgültig, ob die Bevölkerung der Stadt deutsche oder tschechische Zeitungen liest. Dem deutschen Krämer, Arzt, Advokaten ist es nicht gleichgültig, ob die Bevölkerung tschechisch sprechende Krämer, Ärzte, Advokaten den deutsch sprechenden vorzieht. Es ist der deutschen Bourgeoisie nicht gleichgültig, ob ihr intellektueller Nachwuchs im Staats- und Gemeindedienst bessere Aussichten hat als die tschechisch sprechenden Intellektuellen usw.

Daher das Streben jeder der Nationalitäten, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen, um das Geltungsbereich der eigenen Sprache gewaltsam zu er-

weitern, das der anderen einzuengen, oder um gewaltsame Maßregeln dieser Art zunichte zu machen.

Hier ist der Punkt, wo die Demokratie und damit auch die Sozialdemokratie Interesse an den nationalen Kämpfen bekommt, hier liegt aber auch das schwerste Hindernis der Annäherung und Assimilierung der Nationen im heutigen Staate.

Den Unterdrückten beizustehen, sie nicht im Stiche zu lassen, gilt jedem wahren Demokraten als sittliche Pflicht. Er wird sich schwer von der unterdrückten Nationalität loslösen, um sich der unterdrückenden anzuschließen, selbst wenn seine Leistungsfähigkeit dadurch vermehrt würde. Der Wechsel der Nationalität erhält unter solchen Bedingungen den Charakter skrupelloſen Strebertums. Die Unterdrückung war stets das beste Mittel, eine Gemeinschaft fest zusammenzuschweißen, sei es nun eine Sprachgemeinschaft, eine kirchliche Gemeinschaft, eine regionale Gemeinschaft oder eine Klasse.

Wenn ein Eroberer ein erobertes Gebiet in einem Ausnahmezustand erhält, so erweist sich dies als die wirksamste Methode, die innere Verschmelzung der neugewonnenen Provinz mit dem Gesamtstaat zu verhindern. Religionen erhalten, selbst wenn sie im Absterben begriffen sind, neue Kraft durch eine Ära der Verfolgungen. Dadurch ist die Assimilierung der Juden bisher am wirksamsten verhindert worden.

Das gilt auch von manchen Nationalitäten. Die Tschechen — die »tschechisch sprechenden Deutschen« wären vielleicht schon germanisiert — vor einem Jahrhundert war dieser Prozeß bereits weit gediehen —, wenn man die Bedürfnisse des Verkehrs allein hätte wirken lassen, die jeden Tschechen, der etwas leisten will, zwingen, Deutsch zu lernen. Der Versuch, die Assimilierung gewaltsam zu fördern, hat sie verhindert. Der Kampf für die tschechische Nationalität wurde den Tschechen gleichbedeutend mit dem Kampf für Gleichberechtigung und Demokratie.

Diese Hindernisse hören in einer sozialistischen Gesellschaft auf. Mit dem Aufhören der Produktion für den Markt nimmt der Kampf um den Markt ein Ende. Und der Staat hört auf, eine Herrschaftsinstitution zu sein. Solange er eine solche ist, bleibt er ein der Demokratie feindliches Element, denn die Demokratie steht im Gegensatz zur Herrschaft der Klassen. Was im heutigen Staat an demokratischen Rechten besteht, ist, soweit es nicht einen Rest urwüchsiger Zustände darstellt, nur eine widerwillig gemachte, dem Staat abgerungene Konzession. Die volle, wirkliche Demokratie ist im heutigen Staat nicht zu erreichen, sie wird stets nur Stückwerk sein.

Der proletarische Staat dagegen kann ohne die Demokratie nicht bestehen, sie ist für ihn nicht eine Konzession, die er macht, sondern eine Lebensbedingung. Damit verliert der Kampf der Nationen im Staat um die Macht seine Grundlage. Die Sprache dient im staatlichen Leben dann nicht mehr Herrschaftszwecken, sondern nur noch Verwaltungszwecken. Die sprachlichen Verhältnisse im Staate werden nur noch nach Zweckmäßigkeitsgründen und nach den Bedürfnissen der Volksmasse, nicht nach denen herrschender Klassen oder ihrer Organe eingerichtet werden. Da werden die Bedürfnisse der Rechtsfindung sowie die der Angeklagten und der Zeugen und nicht die Bedürfnisse der Richter über die Gerichtssprache entscheiden; die des Lehrerfolges und der Schüler und nicht die der Lehrer über die Unterrichtssprache; die des Verkehrs und nicht die der leitenden Beamten

und ihrer Patrone über die Eisenbahnsprache usw. Damit wird aber auch für den einzelnen die Zugehörigkeit zu seiner Nationalität, der Gebrauch ihrer Sprache eine bloße Sache der Zweckmäßigkeit. Jeder wird unter den Sprachen, die ihm zugänglich sind, den Gebrauch jener bevorzugen, in der er der modernen Kultur am meisten teilhaftig werden kann, in der er am meisten für sie zu leisten vermag. Die Pflicht demokratischer Solidarität, die heute für schwache, unterdrückte Nationalitäten ein so starkes Band bildet, hört dann auf, für deren Erhaltung zu wirken. So wird die Assimilierung und Auflösung nicht nur mancher Sprachinseln und eingesprengten Nationstrümmer, sondern ganzer Nationalitäten dann weit rascher vorwärtsgehen als heute.

Wir haben uns hier schon mehrfach, zum Teil durch O. Bauer veranlaßt, mit der Gestaltung der Nationalitätenfrage unter der Herrschaft des Sozialismus beschäftigt. Sie geht uns direkt in dem vorliegenden Zusammenhang nichts an, wo wir ja nur davon handeln, welchen Einfluß das Nationalitätenproblem auf die Haltung der Internationale gegenüber den aktuellen Kriegszielen zu nehmen hat. Aber unser Handeln in der Gegenwart ist nichts als Vorbereitung der Zukunft und wird durch die Vorstellungen bestimmt, die wir von dieser haben. Und wenn wir auch ein entschiedenes und rasches Fortschreiten in der Richtung auf unser Ziel erst in dem vom Proletariat eroberten Staat erwarten dürfen, so sind die Grenzen zwischen bürgerlicher und proletarischer Gesellschaft doch elastisch, und wir müssen trachten, von dem, was wir erstreben, soviel als möglich heute schon durchzusetzen. So steht unsere Gegenwartsarbeit mit unseren letzten großen Zielen in stetem und notwendigem Zusammenhang.

Darum noch einige Worte darüber, wie wir uns die Gestaltung der Nationalitätenfrage in der sozialistischen Gesellschaft als Konsequenz ihrer Prinzipien vorstellen dürfen.

Wir haben schon gesehen, daß sie die nationalen Gegensätze sehr abschwächen und schließlich aufheben und dadurch auch zur Beseitigung mancher nationalen Unterschiede beitragen muß — eine Folge der Verwandlung des Staates aus einer Herrschafts- in eine bloße Verwaltungsinstitution und der Durchsetzung vollständiger Demokratie, die Hand in Hand geht mit der Aufhebung der Klassenunterschiede.

Auf der anderen Seite wird gerade das Bedürfnis nach Demokratie einen starken Anstoß zur Verschiebung der Staatsgrenzen im Sinne des Nationalstaats geben. Denn die Demokratie kommt am vollkommensten zur Geltung im Nationalstaat, in dem die Sprache der Volksmasse gleichbedeutend ist mit der Sprache des Staates.

Die Staatsgrenzen selbst aber verlieren gleichzeitig ihren bisherigen Charakter. Da die Produktion aus privater zu gesellschaftlicher wird, da der Profit des einzelnen Unternehmers aufhört, ihr bewegender Antrieb zu sein, verlieren die Zölle alle Bedeutung, die ja als »Schutzzölle« nur dadurch wirken, daß sie in den zu »schützenden« Industriezweigen den Kapitalprofit künstlich erhöhen und dadurch das Kapital ihnen zutreiben. Mit den Zöllen aber hört die Absperrung der Staaten voneinander als künstlichen Verkehrseinheiten auf.

Dabei wird, wie wir schon gesehen, der Sozialismus nicht das Ergebnis einer besonderen nationalen, sondern einer internationalen Bewegung sein,

bei der die Souveränität der Einzelstaaten aufhört und sie alle Teile eines großen Ganzen werden, der Vereinigten Staaten von Europa, wobei unter Europa nicht der Erdteil, sondern das ganze Gebiet europäischer Kultur zu verstehen ist. Schon durch den Beitritt Englands würden die Vereinigten Staaten Europas zu vereinigten Staaten aller Weltteile.

Damit verliert die Frage der Staatsgrenzen auch als Frage der militärischen Sicherheit alle Bedeutung.

Die Einzelstaaten werden bloße besondere Verwaltungsbezirke mit Selbstverwaltung. Das erleichtert es wieder, ihre Abgrenzung in der Weise vorzunehmen, daß jeder von ihnen ein Sprachgebiet umfaßt. Erst in der sozialistischen Gesellschaft ersteht die Möglichkeit, den Nationalstaat allseitig so weit durchzuführen, als die Natur der Dinge es überhaupt erlaubt. Aber das geschähe in derselben Zeit, in der der souveräne Einzelstaat aufhörte zu existieren. Nicht nationale Souveränität, sondern nur nationale Selbstverwaltung wäre das Ziel dieser Entwicklung.

Schließlich müßte aber auch die nationale Abgrenzung der Verwaltungsbezirke ihre Bedeutung dadurch verlieren, daß die gestiegene Volksbildung jedermann neben seiner Muttersprache noch eine Weltsprache zugänglich macht, so daß jedermann sich überall in der Welt zurechtfinden, verständlich machen, heimisch machen kann.

Nicht die Differenzierung, sondern die Assimilierung der Nationalitäten, nicht der Zugang der Massen zur nationalen Kultur, sondern der zur europäischen Kultur, die immer mehr gleichbedeutend wird mit Weltkultur, ist das Ziel der sozialistischen Entwicklung.

9. Die Eintönigkeit der Weltkultur.

Es gibt merkwürdigerweise Sozialisten, die das Ziel der Assimilierung der Nationalitäten und ihrer Kultur leidenschaftlich bekämpfen. Höre die Mannigfaltigkeit der Nationalitäten, also der Sprachen auf, so würde das zu allgemeiner Monotonie und geistiger Verarmung führen.

Das würde an sich noch wenig beweisen. Auch die Fabrikware ist viel einförmiger als das Produkt des Handwerks oder des Hausfleißes, und doch wäre es reaktionär, ihre Verbreitung hemmen zu wollen.

Hier handelt es sich aber zunächst auch nicht darum, was uns behagt oder nicht. Nicht das steht in Frage für uns, ob der aus dem Wachstum des internationalen Verkehrs hervorgehende Assimilierungsprozeß der Völker uns gefallen oder nicht gefallen soll, sondern das, ob wir ihn gewähren lassen oder gewaltsam in ihn eingreifen sollen. Und da müssen wir als Demokraten jede Gewaltsamkeit gegenüber den Volksmassen ablehnen, jedes gewaltsame Eingreifen in ihre sprachlichen wie in ihre religiösen Verhältnisse. Ebensowenig wegen seiner Sprache wie wegen seiner Religion soll der einzelne im Staate schlechter gestellt werden als ein anderer. Aber auch ebensowenig wie eine Religion soll der Gebrauch einer Sprache von Staats wegen gegen freiwilliges Aufgeben geschützt werden.

Und nicht minder wie politischen Zwang müssen wir als Sozialisten, als Verfechter des Proletariats auch jede Anwendung ökonomischen Zwanges zugunsten oder zum Nachteil einer Sprache ebenso bekämpfen wie zur Förderung oder Verfolgung einer Religion. Es darf uns nicht bekümmern, ob

diese Neutralität manche Sprache und manche Religion außer Gebrauch setzt, selbst wenn wir dieses Ergebnis bedauern sollten.

Aber wir brauchen das Verschwinden der Vielsprachigkeit nicht einmal zu bedauern.

Im allgemeinen wirkt die wachsende Monotonie und Nivellierung, die der fortschreitende Kapitalismus mit sich bringt, allerdings keineswegs erfreulich. Es ist ganz irrig, wenn David an der von uns schon erwähnten Stelle seines Buches über »Die Sozialdemokratie und der Weltkrieg« (S. 190) die fortschreitende Differenzierung der Nationen deshalb als Notwendigkeit hinstellt, weil »jede Entwicklung feinere Differenzierung« ist und wir »hier ein großes biologisches Gesetz am Werke sehen«. Einmal handeln wir hier von der Gesellschaft und nicht von tierischen Organismen. Die Biologie geht uns also in diesem Zusammenhang nichts an. Wer seine ökonomischen Einsichten aus der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und nicht etwa aus der der Kaulquappen schöpft, der findet aber, daß der steigende Reichtum an Produkten, den uns der Kapitalismus beschert, begleitet ist von wachsender Monotonie, Verarmung an Formen. Und dieser Zusammenhang ist kein zufälliger.

Die große Produktivität der Arbeit in der heutigen Produktionsweise ist ein Ergebnis der Massenproduktion, die stets einförmige Produktion ist. Immer einförmiger werden Produkte und Produktionsmittel. Unter den letzteren ist das wichtigste die Natur selbst.

Der Fortschritt der Kultur, der Herrschaft der Menschen über die Natur bedeutet Verarmung der Natur an Formen; bedeutet Ersetzung der botanischen Mannigfaltigkeit der Wildnis durch die Einförmigkeit des Ackerfeldes; bedeutet Ersetzung einer unendlichen Fülle wilder Tiere durch einige wenige Arten von Haustieren. Bis zum Auftreten des Menschen entwickelt sich die Natur zu immer größerer Mannigfaltigkeit. Seit dem Auftreten des Menschen hat die Entwicklung der organischen Natur keinen weiteren Fortschritt mehr gemacht:

> Seit Mitte der Pliozänzeit können wir keine einigermaßen sichere Neuentstehung einer Art nachweisen, der Charakter der diluvialen und der rezenten Epoche ist neben dem Aufkommen von Homo sapiens nur Aussterben und Verarmung. (W. Kobelt, Die Verbreitung der Tierwelt, 1902, Vorwort.)

Der Kapitalismus hat die Mittel wie den Drang nach dieser Verarmung gewaltig gesteigert, sie nimmt Dimensionen an, die wahrhaft erschreckend sind. Die Umgebung muß auf den Menschen zurückwirken, ihre Verarmung an Formen muß auch eine geistige Verarmung bei ihm insofern nach sich ziehen, als der verminderten Mannigfaltigkeit der Umgebung eine Verminderung in den Anwendungsarten der geistigen Fähigkeiten des Menschen entspricht.

Doch gibt es Faktoren, die dem entgegenwirken. Dieselbe Technik, die Formen der Natur vernichtet, führt zur Kenntnis von Formen, die den Sinnen des Naturmenschen unzugänglich sind. Sie wühlt die Erde um und zeigt ihm die reichen Formen der Vorwelt; das Teleskop erschließt ungeheure Fernen, das Mikroskop ungeheuer kleine Welten.

Die gleiche Technik befreit aber auch den Menschen immer mehr von dem Kampfe um des Lebens Notdurft, verleiht ihm vermehrte Zeit und

Mittel zum Luxus, der nichts anderes ist als entweder künstlich erhaltene oder künstlich geschaffene Mannigfaltigkeit.

Der Luxus ist ökonomisch bedingt. Je größer die Produktivkraft der Arbeit, desto größer die Möglichkeit des Luxus. Je größer also einerseits die durch die Ökonomie geschaffene Monotonie des Lebens, desto größer die Möglichkeit, ihr durch den Luxus entgegenzuwirken. Der Luxus steht im Gegensatz zur Ökonomie und ist in diesem Sinne Verschwendung. Aber er braucht nicht sinnlose Verschwendung zu sein. Er wird es bloß in unsinnigen Händen.

Wenn ein Stück Natur unbebaut bleibt, wenn wilde Tiere, die nutzlos sind, geschont werden, wenn man eine Ruine stehen läßt und erhält, statt aus ihr Bausteine zu holen, so ist das Luxus, ebenso wie alle Kunst Luxus ist. Es wirkt der Verarmung des Lebens entgegen, die durch die Ökonomie erzeugt wird, erhält bestehende Mannigfaltigkeit oder schafft neue.

Diese Art der Mannigfaltigkeit des Lebens, die der Luxus bietet, bildete bisher, seitdem es Klassenunterschiede gibt, ein Privilegium der besitzenden Klassen, ebenso wie jene Mannigfaltigkeit, die aus der Wissenschaft fließt. Die arbeitenden Klassen bekamen nur die andere Seite des ökonomischen Fortschritts zu verkosten, die wachsende Verödung und Monotonie des Lebensinhalts, die in der kapitalistischen Gesellschaft ihren Gipfel erreicht.

Der Sozialismus wird die Gegenwirkung gegen die Verarmung des Lebens, wird Wissenschaft, Kunst, Naturgenuß zum Allgemeingut der Volksmassen machen. Das ist der Weg, der aus der Ökonomie hervorgehenden Monotonie des Lebens entgegenzuwirken.

Eine wichtige Rolle wird dabei die Bevölkerungsfrage spielen. Das vorige Jahrhundert wurde beherrscht von der Übervölkerungsfurcht. Das Elend wurde der Übervölkerung zugeschrieben. Das war völlig ungerechtfertigt. Das zwanzigste Jahrhundert beginnt mit Entvölkerungsfurcht. Selbst Sozialisten teilen sie und zeigen sich beunruhigt über den Rückgang der Geburtenziffern. Aber die rasche Volksvermehrung ist nur wünschbar vom Standpunkt nationaler Machtpolitik aus, die das eigene Volk möglichst zahlreich sehen will, damit es in der Weltpolitik eine möglichst große Macht in die Wagschale werfen kann. Für das Wohlergehen der Massen ist diese rasche Volkszunahme keineswegs erforderlich. Ginge sie noch ein Jahrhundert lang in dem bisherigen Tempo weiter, dann kämen wir zu beängstigenden Zuständen. Europas Bevölkerung im vierzehnten Jahrhundert kann man auf 100 Millionen annehmen; noch im Beginn des achtzehnten Jahrhunderts betrug sie kaum erheblich mehr. Dann aber wuchs sie bis zum Jahre 1800 auf 175 Millionen und von da an bis zum Ausbruch des Weltkriegs auf 460 Millionen. Eine Vermehrung in gleichem Tempo gäbe nach weiteren hundert Jahren eine Bevölkerung von 1200 Millionen.

Nun braucht man nicht von malthusianischer Furcht ergriffen zu werden, daß diese Volksmasse nicht zu ernähren sei. Aber der Luxus, namentlich der Naturluxus käme dabei zu kurz. Je mehr die Zahl der zu ernährenden Mäuler wächst, desto mehr muß jedes anbaufähige Fleckchen Boden in Anbau genommen werden.

Daß es nicht dahin kommt, dafür sorgt der Geburtenrückgang, der uns nicht zu beunruhigen braucht.

Damit soll freilich nicht gesagt werden, daß die Kleinhaltung der proletarischen Familien ein Mittel ist, das Proletariat zu emanzipieren. Dazu ist sie ganz untauglich.

Natürlich wird die sozialistische Gesellschaft ebenso wie die kapitalistische, die ihr den Weg bahnt, auf der Massenproduktion beruhen. Aus dieser Art der Produktion geht die hohe Produktivität der Arbeit hervor, die allein es möglich macht, nicht nur jedes Mitglied der Gesellschaft mit allen Notwendigkeiten des Lebens zu versehen, sondern ihm auch alle Kulturgüter zugänglich zu machen, die notwendige Arbeitszeit für jeden auf ein Minimum zu reduzieren und die freie Zeit, den wahren Reichtum eines jeden, zum größten Teil seiner Lebenszeit zu gestalten.

Die Massenproduktion erheischt Massenkonsum, sie setzt eine große Volksmasse voraus, für die produziert wird.

Der eine Weg, diese Masse zu erzielen, ist der rascher Volkszunahme. Unter sozialistischen Zuständen ist eine solche Volkszunahme nicht zu erwarten, sie stünde sogar im Widerspruch zu den Luxusbedürfnissen der Volksmasse. Aber zum Glück ist sie nicht der einzige Weg, die Produktivität der Arbeit durch Ausdehnung der Massenproduktion zu steigern. Ein anderer Weg zu diesem Ziele besteht in der Steigerung des Verkehrs zwischen den Volksmassen. Dadurch werden ihre notwendigen Bedürfnisse immer einförmiger gestaltet, sie können immer mehr von wenigen industriellen Zentren aus befriedigt werden, denen die ganze Welt Rohmaterial liefert.

Größte Intensität des internationalen Verkehrs wird eine Lebensbedingung der sozialistischen Gesellschaft sein. Die notwendige Folge ist die fortschreitende Beseitigung der Verkehrshindernisse, darunter des wichtigsten unter ihnen, der Sprachverschiedenheiten.

Die sozialistische Gesellschaft wird sicher der wachsenden Monotonie entgegenzuwirken haben, die die kapitalistische Ökonomie mit sich bringt. Sie kann ihr aber nicht entgegenwirken auf dem Gebiet der Ökonomie selbst. Da wird sie die Massenproduktion mit ihren Wirkungen, darunter die wachsende Assimilierung der Nationen, fortzusetzen haben, wenn sie nicht den Ast absägen will, auf dem sie sitzt, die hochgesteigerte Produktivität der Arbeit. Nur durch Ausdehnung des Luxus, darunter vor allem des Luxus der unberührten Natur, des Urquells aller Schönheit, alles Reichtums, aller Genüsse, kann sie der Monotonie der Ökonomie entgegenwirken, nicht durch Erhaltung der Mannigfaltigkeit der Sprachen.

In der Bibel schon wird diese Mannigfaltigkeit der Sprachen als eine gewaltige Beeinträchtigung der Menschheit betrachtet. Wie die Bibel alle Menschen von einem Menschenpaar abstammen läßt, so nimmt sie auch an, es habe ursprünglich nur eine Sprache gegeben. Wie nun die Menschen zunehmen an Zahl und Intelligenz und beginnen, einen Turm zu bauen, der bis in den Himmel ragen soll, beginnt Gott sie zu fürchten. Er vermeint, sich ihrer nicht mehr erwehren zu können, wenn sie alle sich untereinander verständigen:

> Und Jahve sprach: Ein Volk sind sie und haben alle dieselbe Sprache, und das ist nur der Anfang ihres Tuns, und fortan wird ihnen nichts unerreichbar sein, was sie sich vornehmen werden. Wohlan, wir wollen hinabfahren und daselbst ihre Sprache verwirren, so daß keiner mehr die Sprache des anderen verstehen soll. (1. Buch Mose 11, 6, 7.)

Auf diese Weise vereitelte Jahve den Aufstieg der Menschheit. Es ist das Hohelied der Internationalität, das hier gesungen wird.

Die sprachliche Trennung der Menschheit bedeutet Schwächung ihrer Macht. Ihre sprachliche Vereinigung bedeutet die Erhebung auf den höchsten Gipfel der Macht. Ihr entgegenzuwirken, ist reaktionär. Um der Mannigfaltigkeit willen die Völker hindern wollen, sich zu verständigen, heißt, für eine gute Sache untaugliche, ja verkehrte und schädliche Mittel anwenden.

10. Volksabstimmung.

Wir haben gesehen, daß der moderne Staat, die moderne Demokratie — im Gegensatz zur primitiven — und die moderne, auf der Gemeinsamkeit der Schriftsprache basierende Nationalität sowie das Streben nach dem Nationalstaat alle aus derselben Wurzel entspringen, dem modernen Verkehrswesen, einem der wichtigsten und wesentlichsten Faktoren der kapitalistischen Produktionsweise. Wir haben weiter gesehen, daß das Streben nach dem Nationalstaat ebenso wie das nach staatlicher Demokratie sich nicht unterdrücken läßt, da es in den Verhältnissen tief begründet ist, daß es das politische Leben unserer Zeit beherrscht. Dabei zeigte sich's jedoch, daß das eine wie das andere Streben auf große Hindernisse stößt, so daß man sie innerhalb des kapitalistischen Staates zu den Idealen zählen kann, denen man sich ununterbrochen zu nähern sucht und die man nie vollständig erreicht.

Dabei besteht aber ein großer Unterschied zwischen dem Streben nach Demokratie und dem nach dem Nationalstaat. Der proletarische Sieg bringt dem ersteren vollständige Erfüllung, indes er das letztere zum großen Teil gegenstandslos macht, da er den Charakter des Staates als Herrschaftsinstitution aufhebt. Und schon in der heutigen Gesellschaft unterscheiden sich beide Bestrebungen darin, daß das Streben nach Demokratie in allen modernen Staaten, unter allen Bedingungen auftritt und nur an den Machtverhältnissen der Klassen eine Schranke findet, indes das Streben nach dem Nationalstaat nicht unter allen Bedingungen auftritt und nicht bloß durch Machtverhältnisse, sondern auch durch andere natürliche und historische Bedingungen gehemmt werden kann.

Allgemein ist allerdings das Streben nach Selbstbestimmung der Nationalitäten. Für das Proletariat aber hat das Interesse der Nationalität nur so weit Bedeutung, als es zusammenfällt mit dem Interesse der Demokratie.

Als zweckmäßiges Mittel, der Demokratie und der Selbstbestimmung der Nationen Geltung zu verschaffen, kommt nur das Erstarken und der schließliche Sieg der demokratischen Volksmassen und in diesem Sinne die Revolution für den internationalen Sozialismus in Betracht. Nicht aber der Krieg, der heute nur ein Krieg bürgerlicher Machthaber sein kann. Ein solcher dient stets anderen Zwecken als der Befreiung unterdrückter Nationen. Sie kann höchstens sein Nebenresultat bilden, wird im besten Falle unvollkommen sein und droht, da sie nur auf dem Rechte des Stärkeren beruht, mit neuen Verletzungen der Selbständigkeit der Nationen verbunden zu sein, die unter Umständen schlimmer sind als das Übel, dem sie abhelfen sollen.

Insofern hat die Sozialdemokratie keine Kriegsziele. Sie befürwortet keinen Krieg, sie befürwortet aber auch keine Verlängerung eines einmal ausgebrochenen Krieges zu Zwecken nationaler Befreiung.

Die internationale Sozialdemokratie hat keine Ziele, die sie durch das Mittel des Krieges zu erreichen sucht. Sie hat im Kriege nur Stellung zu nehmen zu den Kriegszielen der anderen. Verwirft sie auch unter allen Umständen das Mittel des Krieges, so bedeutet das nicht, daß sie allen seinen Zielen gleich ablehnend gegenübersteht. Manche davon können mit ihren Grundsätzen vereinbar sein, andere nicht.

So sucht sie nicht die Befreiung der Nationen durch das Mittel des Krieges herbeizuführen. Sollte aber der Krieg zur Befreiung einer Nation führen, wird sie sich dagegen keineswegs wehren, sondern es willkommen heißen.

Die Befreiung einer Nationalität oder eines ihrer Teile bedeutet keineswegs notwendigerweise, daß man der Nationalität einen eigenen Nationalstaat gewährt oder einen vom Nationalstaat abgetrennten Nationsteil ihm angliedert. Es kann natürliche oder historische Bedingungen geben, die diese Veränderung für die davon betroffene Bevölkerung zu einem Nachteil gestalten und von ihr abgelehnt werden. Wohltaten darf man aber bekanntlich nicht aufdringen. So widerstrebt es auch den Grundsätzen der Demokratie, die Bevölkerung eines Gebiets gegen ihren Willen zu »befreien«. Eine derartige Befreiung wird stets als gewalttätige Annexion empfunden werden, auch wenn die »befreite« Bevölkerung die Sprache des sie annektierenden und befreienden Staates spricht.

Also nicht die bloße Sprachenkarte hat zu entscheiden, ob die internationale Sozialdemokratie einer Grenzveränderung zustimmen kann, sondern nur der Wille der betroffenen Bevölkerung.

Kein Gebiet soll gegen den Willen seiner Bevölkerung gezwungen werden, seine staatliche Zugehörigkeit zu ändern.

Das ist ein absolutes Gebot internationaler Demokratie. Die Völker sollen aufhören, Schafherden zu sein, über die die Machthaber nach Belieben verfügen.

Doch kommt dieser Grundsatz nicht allein für uns in Betracht. Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß die Völker nicht bloß durch die Sprache zusammengehalten werden, sondern auch durch historische und natürliche Verhältnisse. Die Naturbedingungen schaffen mitunter ein einheitliches Verkehrsgebiet, von dem sich ein Teil nicht losreißen läßt, ohne den Produktionsprozeß im gesamten Gebiet zu hemmen und seine ganze arbeitende Bevölkerung schwer zu schädigen. In einem solchen Falle müßte die internationale Sozialdemokratie die Grenzveränderung bekämpfen, selbst wenn sie dem Willen der Bevölkerung des abzulösenden Teils entspräche.

Das sind die zwei Gesichtspunkte, die vom Standpunkt des internationalen Sozialismus bei der Beurteilung angestrebter Grenzveränderungen in Betracht kommen. Wir müssen einmal fragen, ob die Bevölkerung des betroffenen Gebiets damit einverstanden ist, und dann, ob es für den Fortgang des Produktionsprozesses und damit für die arbeitende Bevölkerung des Staates, dem das Gebiet bisher zugehörte, entbehrlich ist oder nicht.

Das Bedürfnis der Machthaber, ihren Machtbereich unverkürzt zu erhalten, kommt für uns natürlich nicht in Betracht.

Wie aber den Willen der betroffenen Bevölkerung feststellen? Dafür gibt es bloß ein Mittel, *man befragt sie*. Man hat dieses Mittel ver-

dächtigt, weil es von Napoleon III. für seine dynastischen Zwecke ausgebeutet worden war, aber ein anderes Mittel, den Willen der Bevölkerung zu erkunden, ist nicht genannt worden und kann nicht genannt werden. Wer es ablehnt und doch Grenzveränderungen fordert oder rechtfertigt, redet der bloßen Eroberungspolitik das Wort.

Daß Napoleon es ausnutzte, beweist noch nichts; er wußte auch das allgemeine Wahlrecht auszunutzen.

So wie dieses kann auch die Volksabstimmung zu verschiedenen Zeiten sehr Verschiedenes bedeuten.

Die Volksabstimmung, nicht in der Gemeinde, sondern im Staat, wird um so verständnisvoller und richtiger ausfallen, je mehr die Bedingungen der modernen Demokratie gegeben sind. Wo die Bevölkerung noch aus Analphabeten besteht, keine Post, keine Eisenbahnen sie in Verkehr miteinander bringen, keine Zeitungen sie über das Geschehen der Welt auf dem laufenden halten, da wird sie neuen staatlichen Problemen verständnislos gegenüberstehen und ihre Abstimmung Sache des Zufalls oder schlauer Leitung sein.

Andererseits wird auch in einer entwickelten Demokratie die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierung nie durch Volksabstimmungen, sondern stets nur durch Parlamente besorgt werden. Die Volksabstimmung kann bloß den unerläßlichen äußeren Druck auf das Parlament in ein System bringen.

Aber bei der Abstimmung über eine Annexion handelt es sich nicht um ein kompliziertes Gesetz, sondern um einen klaren Sachverhalt, der jedermann ohne weiteres klar, auf den bloß mit Ja oder Nein zu antworten ist.

In einem Lande wie Mexiko bedeutete vor fünfzig Jahren eine Volksabstimmung etwas ganz anderes als in Europa und namentlich in Westeuropa.

Als Napoleon Mexiko besetzt und dem österreichischen Erzherzog Max 1863 die mexikanische Krone angeboten hatte, machte dieser ihre Annahme davon abhängig, daß eine Volksabstimmung sich für ihn entscheide. Schon im Februar 1864 konnte man ihm nach der gewaltsamen Verjagung des Präsidenten Juarez melden, daß fast 2000 Gemeinden sich für ihn ausgesprochen hätten. Aber kein Jahr war vergangen, da forderten die Vereinigten Staaten, daß Napoleon seine Truppen zurückrufe und das mexikanische Volk das Recht der Selbstbestimmung über seine Regierungsform erhalte, und nach dem Abzug der Truppen Napoleons nahm diese »Selbstbestimmung« bald eine Wendung gegen den Kaiser Max. Drei Jahre nach der Volksabstimmung, die ihn anerkannte, wurde ihm von den siegreichen Republikanern dasselbe Schicksal bereitet, das er über so manchen »Rebellen« verhängt hatte. Nach seiner Gefangennahme wurde er am 19. Juni 1867 erschossen.

Hier war also die Volksabstimmung eine bloße Posse gewesen.

Anders verhielt es sich mit den Volksabstimmungen, durch die Napoleon und sein Verbündeter Viktor Emanuel ihre Annexionen nach dem Kriege von 1859 zu sanktionieren suchten. Obwohl die Bevölkerung der Gebiete, um die es sich handelte — Savoyen und Nizza, dann Toskana, Parma, Modena und die Romagna —, in bezug auf Volksbildung, Verkehrswesen und politische Schulung noch sehr zurückgeblieben war, hat sie nie auch nur

einen Moment daran gedacht, ihre Abstimmung zu widerrufen. Oder richtiger: gerade weil man der Volksmeinung so sicher war, ließ man sich darauf ein, die Annexion durch eine Volksabstimmung bestätigen zu lassen.

Bismarck, der Napoleon in vielen Dingen nachahmte, machte ihm die Volksabstimmungen nicht nach. Doch war es Napoleon, auf dessen Anregung 1866 in den Prager Frieden die Bestimmung aufgenommen wurde, die nördlichen Distrikte Schleswigs sollten an Dänemark zurückfallen, wenn sie sich in freier Abstimmung dafür aussprächen. Zur Durchführung dieser Bestimmung des Friedensvertrags ist es nie gekommen. Österreich verzichtete schließlich ausdrücklich darauf, im Jahre 1878.

Merkwürdigerweise kam es über die Annexion Elsaß-Lothringens zu einer Art Volksabstimmung, aber nicht zu einer sanktionierenden. Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Frankreich war von einer französischen Nationalversammlung zu bestätigen, die am 12. Februar 1871 zusammentrat. Elsaß und Lothringen entsandten auch ihre Vertreter, und diese stimmten gegen den Frieden, gegen die Abtretung Elsaß-Lothringens.

Man darf sich wundern, daß Bismarck bei der bekannten Stimmung jener Gebiete diese Art Volksabstimmung zugelassen hatte, die doch seinen Absichten nicht förderlich war. Wenn man Bismarcks Intimus Busch glauben darf, geschah die Zulassung nur durch ein Versehen. In seinen Tagebuchblättern berichtet Busch vom 11. Februar 1871:

> Er (Bismarck) bemerkte, als Henckel (Präfekt von Metz) von der schlechten Stimmung im Elsaß sprach: dort hätte man die Wahlen eigentlich gar nicht zulassen sollen, und er hätte das auch nicht gewollt. Aber durch Versehen wäre die Instruktion an die dortige deutsche Oberbehörde abgefaßt worden wie für die anderen. (Tagebuchblätter, 1899, II, S. 162.)

Wir müssen natürlich verlangen, daß Abstimmungen nicht bloß vorgenommen, sondern auch beachtet werden.

Entschieden muß aber die internationale Sozialdemokratie den Grundsatz ablehnen, der eine Annexion zu rechtfertigen sucht mit dem historischen Recht. Gerade in bezug auf Elsaß-Lothringen geschah das jetzt wieder von französischer Seite.

Dieses selbe historische Recht wies Marx 1870 in der zweiten Adresse des Generalrats über den Krieg für Elsaß-Lothringen zurück, das damals von deutscher Seite verlangt wurde:

> Jawohl! Der Boden dieser Provinzen hatte vor langer Zeit dem längst verstorbenen Deutschen Reich angehört. Es scheint daher, daß das Erdreich und die Menschen, die darauf erwachsen sind, als unverjährbares deutsches Eigentum konfisziert werden müssen. Soll die alte Karte einmal umgearbeitet werden nach dem historischen Recht, dann dürfen wir auf keinen Fall vergessen, daß der Kurfürst von Brandenburg seinerzeit für seine preußischen Besitzungen der Vasall der polnischen Republik war.

Das richtete sich damals gegen die deutschen Ansprüche. Aber es gilt natürlich für jedes historische Recht, von wem immer es beansprucht werden mag.

Marx liebte es, sich über den Ausspruch lustig zu machen — er zitierte ihn auch im »Kapital« (Volksausgabe, S. 527) —, den der Fürst Lichnowsky in der Deutschen Nationalversammlung 1848 bei der Polendebatte tat:

Das historische Recht hat keinen Datum nicht (Gelächter). Es gibt für das historische Recht keinen Datum, welches einem früheren Datum gegenüber ein größeres Recht vindizieren könnte.

Die »Neue Rheinische Zeitung« lachte über diese Aussprüche eines konservativen preußischen Junkers, einmal deswegen, weil »der edle Ritter kein Deutsch spreche, sondern Preußisch«, dann aber, weil

alle die Schrecken der blassen Finanznot die preußische Ritterschaft mit unaufhaltsamem Ruin bedrohen müssen, ehe es dahin kommen konnte, daß ein Lichnowsky dasselbe historische Recht bekämpft, für das er sich in der Tafelrunde des edlen Don Carlos die Sporen verdient.

So schnurrig das alles war, so ist doch nicht zu leugnen, daß wir für das historische Recht kein Datum festsetzen können, wann es beginnt und wann es aufhört. Man geriete in endlose Verwirrung, wollte man heute anfangen, alle historischen Rechte geltend zu machen. Das will auch niemand. Das Geltendmachen des historischen Rechtes bloß für einen einzelnen Fall ist aber bloße Willkür.

Die Sache wird nicht besser dadurch, daß man sie umdreht und statt von der Wiederherstellung des alten Rechtszustandes von dem Gutmachen begangenen Unrechts spricht. Auch dafür gibt es »kein bestimmtes Datum nicht«. Und was ist begangenes Unrecht? Die Eroberung? Aber nicht nur die jetzigen, sondern auch die früheren Grenzen der Staaten beruhen überwiegend auf Eroberungen. Von welchem Datum an wird Unrecht zu Recht? Die Franzosen betrachten die deutsche Eroberung des Elsaß als Unrecht, die Deutschen seine früheren Annexionen im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert durch Frankreich.

Nur vom demokratischen Standpunkt aus wird die Eroberung ein Unrecht, das heißt ein Verstoß gegen die Gebote der Demokratie, in dem Falle, in dem eine Bevölkerung wider ihren Willen einem fremden Staat einverleibt wird. In diesem Falle ist es aber doch der Wille der Bevölkerung, der als entscheidend angesehen wird, und nicht das historisch überlieferte Besitzverhältnis. Von diesem Standpunkt aus bleibt das Unrecht allerdings Unrecht, solange der Wille der Bevölkerung gegen die Annexion protestiert, diese nur gewaltsam festgehalten wird. Dagegen würde sich die Rückkehr der Bevölkerung des umstrittenen Gebiets an den Staat, dem sie ehedem angehörte, zu einem Unrecht gestalten, wenn die Volksmasse sich an den neuen Zustand gewöhnt hätte und sich durch seine gewaltsame Veränderung bedrängt und bedrückt fühlen würde.

Also auch in diesem Falle können wir als internationale Sozialdemokraten mit einer Grenzveränderung nur dann einverstanden sein, wenn sie von der betroffenen Bevölkerung in freier Abstimmung gebilligt wird. Immer und unter allen Umständen ist in der äußeren wie in der inneren Politik der Wille der Volksmasse die höchste Autorität, der wir uns beugen. Das gilt natürlich nicht für unsere wissenschaftliche Überzeugung und nicht für die Ziele, die wir anstreben, für die wir wirken. Die lassen wir uns nicht durch die Abstimmungen des Volkes vorschreiben. Wir wissen, daß das Volk nicht minder irren kann wie seine Regierungen; daß es je nach seiner Klassenzusammensetzung, seinen Informationen, seinen historischen Bedingungen in seiner Mehrheit unter Umständen sehr reaktionär sein kann.

Aber wir wissen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse ihr eigenes Werk sein muß, daß sie sich nur dort befreien kann, wo sie die Mehrheit des Volkes bildet, wo die Mehrheit des Volkes die Staatspolitik entscheidet, sowie daß die Aufklärung und Organisierung des Proletariats und damit die Entwicklung seiner Fähigkeiten zur Gewinnung und zweckmäßigen Ausübung der Staatsgewalt am ausgiebigsten möglich ist — unter sonst gleichen Bedingungen — unter demokratischen Zuständen.

Darum muß die Partei des Proletariats unter allen Umständen eine demokratische Partei sein in allen ihren Beziehungen. Sie schädigt den proletarischen Emanzipationskampf, wo sie von der Demokratie abweicht. Das gilt für ihre auswärtige Politik ebenso wie für ihre innere. Sie muß daher grundsätzlich, nicht bloß unter Umständen aus Gründen der Zweckmäßigkeit, jede Eroberungspolitik ablehnen, und sie darf dort, wo der von ihr abgelehnte Krieg Grenzveränderungen herbeiführt, nur solche gutheißen, die von der betroffenen Bevölkerung gewünscht oder doch wenigstens nicht als Vergewaltigung empfunden werden.

Wir empfehlen nachstehend verzeichnete Werke.

Der Ursprung des Christentums. Eine historische Untersuchung von **Karl Kautsky.** 5. und 6. Tausend. Preis gebunden M. 6.—

Vorläufer des neueren Sozialismus. Von **Karl Kautsky.** Zweite, durchgesehene Auflage.

Erster Band: **Kommunistische Bewegungen im Mittelalter.** Preis gebunden M. 3.20.

Zweiter Band: **Der Kommunismus in der deutschen Reformation.** Preis gebunden M. 3.20.

Karl Marx' Ökonomische Lehren. Von **Karl Kautsky.** Dreizehnte Auflage. Preis gebunden M. 2.20.

Das Erfurter Programm. Von **Karl Kautsky.** Zwölfte Auflage. Preis gebunden M. 2.20.

Thomas More und seine Utopie. Von **Karl Kautsky.** Zweite, verbesserte Auflage. Preis gebunden M. 3.20.

Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Von **Karl Kautsky.** 6. und 7. Tausend. Preis gebunden M. 1.70.

Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution. Von **Karl Kautsky.** Zweite Auflage. Preis gebunden M. 1.10.

Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Von **Karl Kautsky.** Preis gebunden M. 2.20.

Parlamentarismus und Demokratie. Von **Karl Kautsky.** Zweite, durchgesehene und vermehrte Auflage. Preis gebunden M. 1.10.

Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas. Eine volkswirtschaftliche Studie von **Karl Kautsky.** Preis 50 Pf.

J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

DATE DUE

GAYLORD			PRINTED IN U S A